

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verbandsstelle: Charlottenburg 1, Drabstr. 2-3. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 45

Berlin, den 9. November 1929

4. Jahrgang

So kann es doch nicht weitergehen.

Es geht doch weiter.

„So kann es doch nicht weitergehen.“ „Es muß doch nun endlich einmal anders werden.“ „Nur ein neuer Krieg kann uns retten.“ „So und ähnlich klingen und klingen die Redensarten der deutschen Spießbürger und politischen Klatschbasen am Bierisch und anderswo, und Begründungen wurden und werden diesen „geistigen“ Ausflüssen beigegeben, daß einem die Haare zu Berge stehen, ob sozial politischem und wirtschaftlichem Wöhhun, ob sozial Unerblichkeit und Unlogik. Wenn die reaktionären Drahtzieher und politischen Gauller jeder Art diese Unmenge Nichtwissen breiter Schichten des deutschen Bürgertums ausnützen und klingenenden Gewinn daraus schlagen, kann man es ihnen nicht verübeln, daß sich aber dieses Publikum, das sich sozial auf seine Bildung, sein Schulwissen und seinen kulturellen Stand einbildet, so leithammeln, so beeinflussen und so gutgläubig irreführen läßt, muß einem mit Entsetzen erfüllen. So viel Einfichtlosigkeit und sozial Unerblichkeit hätte man von einem Teil der deutschen Bevölkerung nicht mehr erwartet. Aber trotz aller unüberlegten Redensarten geht der Kreislauf der Dinge weiter. Nur in Ordnung laufen die Rädchen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht alle. Es kommt Unordnung in das Getriebe und es hat den Anschein, als müsse doch etwas geändert werden. Der Gang ist nicht mehr reibungslos. Die Arbeiterschaft fühlt das am deutlichsten. Die an sich notwendige Nationalisierung wirkt immer größere Massen noch gut verwertbarer Arbeitskräfte auf den Schutthaufen verlorener Werte. Betriebsstillegungen, Kurzarbeit und Einschränkung sind weiter an der Tagesordnung und lassen die Sozial-, Wohlfahrtslasten und sozialen Nöte anschwellen. Wie leicht können diese Wächlein sozialen Glens Hochwasser der Not verurursachen mit all seinen schlimmen Folgen für das Land. Die Dämme sind von den Wühlhäusern schon stark beschädigt. So eine staatliche Ueberchwemmung in Deutschland wäre so manchem Inflationsgewinnler, der vor Jahren Schätze in Masse sammeln konnte, herzlich willkommen. Das Glend der Massen und die Verarmung der Mittelschichten war ja so gewinnbringend für gewisse Personen, deshalb der Eifer der Wühlhäuse in reaktionären Diensten, deshalb Lug, Trug und Vernebelung.

Der Kalendrang und die Emsigkeit der nagenden Kräfte sind wieder einmal ein Zeichen von einer wirtschaftlichen Schwäche Deutschlands, um deren Beseitigung sich alle Einseitigen bemühen müssen.

Aber nicht nur in Deutschland scheint die so viel gepriesene kapitalistische Wirtschaftsordnung in einen stockenden Gang zu kommen; auch im heiligen Land der Millionäre, im goldbesegneten Amerika, gibt es Erscheinungen, die nicht willkommen sind. Dort ist das Barometer der kapitalistischen Wirtschaft, die Börse, in eine heillose Verwirrung geraten. Den Spekulanten fuhr der Schred in die Glieder. In wenigen Tagen wurden Millionäre zu Bettlern, Tamen um Hab und Gut und stehen nun, wie Arbeiter, vor dem Nichts. Die Pfandhäuser sind überfüllt und können den Ansturm kaum bewältigen. Die verlusthabenden Millionäre verstehen ihre letzten Schätze, um leben zu können, und die paar wenigen Starken, die Unverwundlichen, schaffeln Reichtum über Reichtum in ihre Tresors. Sie halten die Ernte, die die deutschen Hugenberge erst von einem Kladderadatsch erwarten. Deren amerikanische Kollegen sind also besser daran, sie haben ihre Besitz- und Wächterweiterung erreicht.

Neben Newyork fielen die Kräfte in London, in Paris, in Brüssel und in Amsterdam. Die Geldleute zittern. Es kracht im Gefühl des kapitalistischen Wirtschaftsgefüges, an den Börsen, bei Unternehmungen, bei Banken und Versicherungsgesellschaften. So manche Stütze knickt wie ein Strohhalbm, so mancher Herrscher fällt vom Thron, wie 1918 die Fürsten. Nicht die einzelnen bleiben, sondern die konzentrierten Kräfte, die Gesellschaften. Der Kapitalismus enteignet Personen und schafft organisierte Machtgebilde, die finanziell die Welt beherrschen.

Die Kurserschütterungen hatten zur Folge, daß der Zinssatz in Newyork von 6 auf 5 Proz. herabgesetzt wurde. Auch in London wurde eine Herabsetzung des Zinssatzes von 6½ auf 6 Proz. vorgenommen. Berlin wird folgen und ebenfalls ermäßigen. Welche Auswirkung diese niedrigeren Diskontsätze auf Deutschland haben werden, läßt sich noch nicht sagen; als allgemeine Regel gilt: Die Wirtschaft bekommt infolge des billigeren Geldes Anregung.

Wie man aus den Zeitungen entnehmen konnte, bemüht sich auch die deutsche Reichsregierung, die bestehenden Wirtschaftsschwierigkeiten etwas zu mildern und schließlich aus dem Wege zu räumen. Ob es ihr gelingt, die Dinge zu meistern, ist eine andere Sache. Gegenwärtig versucht sie, über die eigenen Geldschwierigkeiten mittels der Bündholzanleihe hinwegzukommen. Ferner plant der Finanzminister die Ratifizierung des Youngplans durch den Reichstag, eine Finanzreform, die eine Senkung der Steuerlast zum Ziele hat, die notwendig sei zur Steigerung der Produktivität der Volkswirtschaft. Der Reichsfinanzminister meint, „eine solche Steigerung sei zugleich die beste Sozialpolitik, denn sie führe zur Milderung der Arbeitslosigkeit und sei zugleich Voraussetzung künftiger sozialpolitischer Maßnahmen“. Die Finanzreform wird an einer Senkung der Einkommensteuer, die sich insbesondere auch bei den unteren Stellen durch Erhöhung des Existenzminimums auswirken werde, und an den Real-

steuern nicht vorübergehen. Ziel der Finanzreform wird eine Entlastung der Volkswirtschaft und aller ihrer Träger sein.

Gegen dieses Ziel wird kein ernsthafter Mensch etwas einzuwenden haben, wir möchten nur wünschen, daß es recht bald zur Tat heranreifen möge, denn für die Volkswirtschaft sind Erleichterungen, die einen neuen Antriebs herbeiführen, eine Notwendigkeit. Wir hegen nur Zweifel, daß das schnelle Durchgehen gelingen wird, denn zur Finanzreform sind soziale Wünsche angemeldet, daß bei deren Veratung von einigen Parteien das Ziel ganz aus dem Auge verloren werden kann, und daß darth die genügende Unterstützung zur Entlastung der Volkswirtschaft nicht gegeben wird. Gewisse bürgerliche Parteien sind in dieser Beziehung unberechenbar; sie kämpfen ja nicht für die Volkswirtschaft, sondern für die Rentabilität des Privatkapitals.

Zum 9. November.



Zur Finanzreform müssen auch die Arbeiter ihre Forderungen und Wünsche rechtzeitig bekanntgeben, damit es nicht so ausfällt, als hätten nur die Industriellen, die Landwirte, Gewerbetreibenden und Handwerker Erleichterungen nötig; für die arbeitende Bevölkerung sind sie viel notwendiger. Trotz dieses Verlangens auf Berücksichtigung kann der Reichsfinanzminister gewiß sein, daß ihm die Gewerkschaften bei der Durchsetzung seines hervorgehobenen Zieltes unterstützen werden.

Wir sehen also aus dem paar aus dem Weltgeschehen herausgegriffenen Punkten, daß es trotz aller dummen Redensarten weiter geht. Der Wirtschaftslauf kennt keinen Stillstand. Ihn wieder in einen erfreulichen Gang zu bringen, sollten sich alle Einfichtigen angelegen sein lassen.

Nicht Krieg, Putz und randalierende Horden können uns vorwärtsbringen, sondern die Erkenntnis über die wirtschaftlichen Vorgänge und ihre Auswirkungen. Die Bevölkerungsschicht, die mit dieser Erkenntnis gewappnet, die einig in ihrem Willen ist, wird auch die Kraft aufbringen, ihre Stellung im Staat und in der Gesellschaft beherrschend zu gestalten. Die organisierte Arbeiterschaft wird dies beachten, ungeachtet aller Wühlhäuse.

Arbeitschicksal der Erwerbslosen.

Im Reichsarbeitsblatt Nr. 23 werden weitere Ergebnisse der Erhebung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung über das Arbeitschicksal der Hauptunterstützungsempfänger im letzten Jahr vor der Arbeitslosmeldung veröffentlicht. Nunmehr ist ein Gesamtüberblick der Schicksale von über zwei Millionen Erwerbslosen in den Wechseljahren des Berufslebens möglich. Die Erhebung erfolgte am 15. März. Da um diese Zeit eine große Anzahl von Arbeitslosen vorhanden war, konnte ein sehr großer Teil erfaßt werden. Versuchen wir, uns aus dem umfangreichen Material die Hauptmerkmale herauszuarbeiten und zu beleuchten, so ergeben sich eine ganze Anzahl Anhaltspunkte, die jeder Sozialpolitiker und darüber hinaus die gesamte Öffentlichkeit zu beachten haben.

Gegen Arbeitslosigkeit sind 17 bis 18 Millionen Personen versichert. Seit Bestehen der Arbeitslosen-

versicherung haben diese kaum mehr als 30-35 v. H. der Gesamtzahl in Anspruch genommen, d. h. also rund 5½ Millionen Arbeitsnehmer. Von diesen konnten rund 2 Millionen oder 35 v. H. durch die Erhebung erfaßt werden. Allerdings konnte nur bei 1,5 Millionen Arbeitslosen das Arbeitschicksal zurückverfolgt werden. Da am Tage der Erhebung das Baugewerbe fast vollständig darniederlag, sind die Bauarbeiter mit 420 000 sehr stark vertreten. Daneben wurden erfaßt 165 000 Metallarbeiter, 110 000 der Industrie der Steine und Erden, 85 000 Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, 80 000 des Holz- und Schnitzstoffgewerbes, je 60 000 für das Bekleidungs- und Verkehrsgewerbe, 60 000 Angestellte und andere Berufe. Die Gesamtzahl der erfaßten Erwerbslosen gliederte sich in 1 780 837 männliche und 303 515 weibliche. Im letzten Jahr vor der Arbeitslosmeldung haben 64,7 v. H. keine Unterstützung in der Arbeitslosenversicherung erhalten. Von dem Rest hatten Arbeitslosenunterstützung aus der Versicherung erhalten bis 13 Wochen 20,2 v. H., von 13-25 Wochen 14,8 v. H., 26 Wochen 0,2 v. H. und über 26-39 Wochen 0,1 v. H. Krisenunterstützung hatten insgesamt 3,3 v. H. der Hauptunterstützungsempfänger bezogen.

Sehr ausschlufreich sind auch die Feststellungen über die im letzten Jahre durchgemachten Krankheiten, die zur Arbeitsunfähigkeit geführt hatten. Im letzten vor der Arbeitslosmeldung waren 28 000 Personen arbeitsunfähig krank. Und zwar bis 13 Wochen 16,3 v. H., von 13 bis 25 Wochen 1,7 v. H. und der Rest längere Zeit. Daraus geht hervor, daß die Arbeitslosigkeit auch Auswirkung auf den Gesundheitszustand der von ihr Betroffenen hat.

Wenn man die bisher genannten Schicksalschläge im letzten Jahr vor der Arbeitslosmeldung zusammen betrachtet, so ergibt sich folgendes: Zeitweise Arbeitslosenunterstützung bezogen 35,3 v. H., Krisenunterstützung bezogen 3,3 v. H., zeitweise arbeitsunfähig krank waren 18,6 v. H. und von sonstigen Verlängerungszeiträumen machten 1,3 v. H. Gebrauch. Die hohe Zahl der arbeitsunfähig Kranken fällt auf. Daneben ist aber auch die Tatsache von Beachtung, daß mehr als ein Drittel sämtlicher Hauptunterstützungsberechtigter innerhalb eines Jahres bereits Arbeitslosenunterstützung bezogen haben.

Das Arbeitschicksal nach der Dauer in Wochen durchschnittlicher Hauptunterstützungsempfänger gibt einen sozialpolitisch wichtigen Aufschluß. Für jeden der erfaßten Personen errechnet sich eine versicherungspflichtige Beschäftigung von 41,4 Wochen, eine Unterstützung in der Arbeitslosenversicherung (bzw. Erwerbslosenfürsorge) von 4,0 Wochen, eine Krisenunterstützung von 0,5 Wochen, eine Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit von 1,1 Wochen, sonstige Verlängerungszeiträume von 0,2 und Sperrfristen, Wartezeiten, nicht nachgewiesene Zeiten usw., von 4,8 Wochen. — Von den Hauptunterstützungsempfängern, die im Jahre vor der Arbeitslosmeldung unterstellt wurden, betrug die durchschnittliche Dauer der Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung 11,3 Wochen, die Inanspruchnahme der Krisenunterstützung 13,6 Wochen und die Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit 6,3 Wochen. Dieses Ergebnis zeigt, daß die Arbeitslosenunterstützung verhältnismäßig lange in Anspruch genommen werden müßte. Die Krisenunterstützung war noch länger der letzte Halt, und die Krankheitsdauer betrug mehr als sechs Wochen.

Die Frauen nahmen die einzelnen Unterstützungszeile länger in Anspruch als die Männer. Die Unterstützungsdauer betrug bei den Frauen bei der Arbeitslosenversicherung durchschnittlich 11,9 Wochen, Krisenunterstützung 14,3 und bei Krankheit 7,7 Wochen.

Wesentliche Unterschiede ergeben sich, wenn man die einzelnen Berufsarten in den Blickkreis der Betrachtungen zieht. Da die Reichsanstalt aber 28 verschiedene Berufsgruppen und Beschäftigungsarten unterscheidet, so ist die gesonderte Betrachtung derselben im Rahmen eines Artikels natürlich unmöglich. Bemerkenswert möchten wir nur, daß von den Arbeitern des Baugewerbes 56,4 v. H. Arbeitslosenunterstützung innerhalb eines Jahres bezogen hatten, dagegen nur 11,3 v. H. im Spinnstoffgewerbe. In der Land- und Forstwirtschaft waren 37 v. H. der Arbeiter im vorangegangenen Jahre beschäftigungslos. Die Krankheitsdauer war mit 12,1 Wochen am längsten in der Gruppe Bergbau, Hütten- und Salinenwesen und mit 5,2 Wochen am kürzesten im Baugewerbe.

Alles in allem — das Arbeitschicksal aller Arbeiter und Angestellten ist risikoreich. Auf schwankendem Boden müssen die meisten Menschen ihre Tage verbringen. Das mehr als ein Drittel der untersuchten Personen innerhalb eines Jahres Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, ist hierfür Beweis genug. Auch ist nicht zu vergessen, daß fast ein Fünftel arbeitsunfähig krank war. Von den übrigen Schicksalsfällen ganz zu schweigen. Es ist in der Tat eine Tragik, wie das Leben mancher Arbeiter und Angestellten verläuft. Viele wissen nicht, ob sie in der kommenden Woche noch Beschäftigung haben. Nun helfe man sich in diese Verhältnisse hinein und denke sich die Arbeitslosenunterstützung weg — es ist wirklich nicht auszudenken, daß es Leute geben könnte, die der Abschaffung dieses Unterstützungszeile das Wort reden. Oder man denke sich die Krankenunterstützung in eine Sparkasse nach dem Muster von Park oder Norweiser umgewandelt! Gerade die Unterstützung der Reichsanstalt im März dieses Jahres hat gezeigt, daß Sozialpolitik niemals notwendiger war als heute. Mit ihr ist der Bestand der deutschen Wirtschaft eng verbunden, deshalb soll sie nicht nur erhalten, sondern sie muß noch stärker ausgebaut werden.

Nützt die Mutter- Schutzbestimmungen mehr aus!

Es ist manchmal so, als ob Schwangere Kolleginnen sich selbst nicht fühlen, wenn der Betriebsrat oder eine Funktionärin der Gewerkschaft sie an die Schutzbestimmungen erinnert und Aussehen von der Arbeit fordert. Die Kollegin darf aber nicht glauben, daß ihr der Arbeitsplatz freiwillig gemacht werden soll, oder daß mangelnde Rücksicht auf ihre Lebenslage dieser Anforderung zugrunde liegt, sondern es ist ganz einfach eine Notwendigkeit und es liegt im Interesse der Kollegin, wenn die Schutzbestimmungen für Schwangere eingehalten werden. Die Gewerkschaften stehen schon jahrzehntelang im Kampf um Erweiterung und Verbesserung der Mutterchutzbestimmungen und nicht etwa zum Schaden der Kolleginnen, sondern zu ihrem Vorteil, weil dadurch die schädigenden Wirkungen der Erwerbsarbeit auf den Körper der Frau — die besonders zur Zeit der Schwangerschaft gegeben sind — abgemindert werden sollen.

Der Hauptverband deutscher Krankenkassen hat eine Erhebung darüber angestellt, wie sich die Schutzbestimmungen für Schwangere in der Praxis auswirken. Die Erhebung stützt sich auf die Angaben von 478 Kassen mit etwa 5 Millionen Mitgliedern. Demnach haben von 54 379 Schwangeren nur 15 von Hundert (d. h. 15 Prozent) sechs oder mehr als vier Wochen vor der Niederkunft die Arbeit niedergelegt und Wochengeld bezogen. Etwa 24,5 v. H. (nicht ganz 25 Prozent) haben vier Wochen vor der Niederkunft mit dem Beginn des Wochengeldes die Arbeit niedergelegt. Über 60 v. H. (oder mehr als 60 Proz.) haben auch in den letzten vier Wochen vor ihrer Niederkunft gearbeitet.

Diese Statistik ist ein treffender Beweis für die falsche Einstellung, vielleicht auch für die Unkenntnis vieler erwerbstätiger Frauen und Mädchen über die gesetzlichen Bestimmungen, die doch zum Schutze der Frauen getroffen wurden. Weit über die Hälfte der Schwangeren arbeiten bis kurz vor der Niederkunft, obgleich die Wirkungen der heutigen Erwerbsarbeit auf den Körper der Frau zur Zeit der Schwangerschaft äußerst bedenklich sind. Es ist Tatsache, daß der Aufwand an Körper- und Nervenkräften im rationalisierten Betriebe ein bedeutend größerer ist und somit auch viel eher Kräfteverfall und für die Arbeiterin Erkrankungen eintreten können. Auch die ärztliche Feststellung, daß das Gewicht des Neugeborenen bei Frauen, die in den letzten Monaten der Schwangerschaft Erwerbsarbeit verrichteten bis zu einem Hundert gering ist, muß zu denken geben. Das bereits im Mutterleibe von der Lebensweise der Mutter abhängige Kind soll geschützt werden und deshalb muß die Arbeiterin und das Arbeiterkind besonderen Schutz finden, den es immer weiter auszubauen gilt. Jedenfalls wollen wir alle, daß Mißstände beseitigt und bekämpft werden und es besser wird mit unserer gesellschaftlichen Ordnung, oder wenn man auch will, mit der herrschenden Unordnung. Erreichen können wir jedoch nur dann dieses Ziel, wenn wir unsere gesellschaftliche Pflicht tun. Das aber heißt für die Arbeiterin in erster Linie; Gewerkschaftliche Pflichterfüllung. Diese liegt nicht allein in der Beitragsleistung, wie oft angenommen wird, sondern auch in der Mitarbeit für die Organisation und in dem Erkennen der gewerkschaftlichen Notwendigkeiten. Die Schaffung und Erweiterung der Arbeiterinnenrechte und des Arbeiterinnenenschutzes sind in erster Linie auf das Konto der Gewerkschaften zu buchen. Gerade deshalb sollen die Rechte gewahrt und der Schutz in Anspruch genommen werden. Dies ist für die Arbeiterin heute nötiger denn je, weil von dem Verhalten der Arbeiterinnen auch der Einfluß der Gewerkschaften in allen wichtigen Arbeiterfragen abhängt.

Zur näheren Information für unsere Kolleginnen haben wir ein Merkblatt für Schwangere und Wöchnerinnen herausgegeben. Wir wollen damit die große Unwissenheit auf dem Gebiete des Mutterrechtes beseitigen helfen und raten dringend, im Sinne des Merkblattes zu handeln. Dann werden solche Krankentafelstatistiken, wie weiter oben eine angeführt ist, in Zukunft nicht mehr erscheinen. Dann wird aber auch der Weg für weitere Verbesserungen immer mehr gebahnt und die Kraft der Organisation gestärkt, da wir bei dem bis heute Erreichten nicht stehen bleiben können, sondern Fortschritte sehen wollen.

Anna Sammet.

Bußes für Tarifbrecher.

Trotzdem die Mindestlöhne für Heimarbeiter in der sächsischen Kunstblumen-Industrie seit dem 1. Januar 1929 auf Antrag unserer Organisation durch Beschluß des Sachausschusses für die sächsische Kunstblumen-Industrie geregelt sind, gibt es immer noch einzelne Arbeitgeber, die versuchen, die Lohnregelung zu umgehen.

Als eine Firma, die den Tarif nicht erfüllt, ist die Firma Paul Rietzsch, Hertzswalde bei Sebnitz, festgestellt. Die Firma bezieht sich zu ihrem Tarifbruch auf Mittelspersonen. Der Sachausschuß war deshalb gezwungen, am 19. Juli d. J. gegen dieses Vergehen mit folgendem Beschluß vorzugehen:

„Der Firma Rietzsch wird aufgegeben, binnen 2 Wochen, vom Tage der Zustellung an gerechnet, an Frau Werner in Oberpöhlitz, Nr. 60, den Betrag von 608,47 RM und an die Heimarbeiterinnen, soweit sie von der Arbeitgeberin Elise Schölsche in Rauschenau, Nr. 179, mit Arbeit versorgt werden bzw. an diese selbst insgesamt 1119,96 RM für die in Heimarbeiterhergestellten Waren nachzahlen und diese Rückzahlung binnen der oben angegebenen Frist dem Sachausschuß durch Einzahlungen der in Frage kommenden Heimarbeiterinnen nachzuweisen. Der Nachweis ist zu führen durch Einreichung einer Liste an den Sachausschuß, in der die Namen und Anschriften der Heimarbeiterinnen sowie die an sie nachgezählten Beträge angegeben sind.“

Für den Fall, daß die Rückzahlung nicht rechtzeitig geleistet und der Nachweis dem Sachausschuß nicht erbracht wird, wird der Firma Rietzsch eine Buße bis zur Höhe von 500 Reichsmark angedroht.

Weiter wird beschlossen, die Gürtlerinnen in dieser Angelegenheit durch das Gewerbeaufsichtsamt zu unterstützen.“

Die Firma Rietzsch ist dem Beschluß des Sachausschusses nicht nachgekommen. Es wurde deshalb in einer erzwungenen Sitzung Stellung zu der Angelegenheit am 19. Juli 1929 genommen werden. Das ist am 22. September d. J. geschehen und vom Sachausschuß wurde eine Buße durch nachstehenden Beschluß festgesetzt:

Gegen die Firma Paul Rietzsch, Hertzswalde, wird, weil sie die ihr durch den Beschluß des unterzeichneten Sachausschusses angegebene Rückzahlung an die Heimarbeiterinnen für hergestellte Waren nicht geleistet hat, eine Buße in Höhe von 250 Reichsmark (d. h. zweihundertfünfzig Reichsmark) festgesetzt. Diese Buße ist an die Ortskrankenkasse in Sebnitz innerhalb 4 Wochen zu leisten.“

Die vom Sachausschuß der sächsischen Kunstblumen-Industrie festgesetzte Buße hat den Charakter einer Verwaltungsstrafe, die durch den Angeklagten gegen ein Gebot des Sachausschusses verurteilt wird. Durch die Zahlung der Buße wird der

Konferenz der Gewerkschaftsredakteure.

Der Sachausschuß für die Gewerkschaftsredakteure hatte am 15. und 16. Oktober eine Konferenz der Schriftleiter der Verbandsorgane und der gewerkschaftlichen Jugendzeitschriften nach Berlin abgehalten. Der Vorsitzende des Sachausschusses, Hermann Scheffler (Polenarbeiter-Zeitung), geachtete bei der Eröffnung der Konferenz des Anwesenden, von dem Theodor Zeitpart am Tage zuvor verstorben wurde, und brachte mit herzlichen Worten im Namen der Verammelten die besten Wünsche für die völlige Wiederherstellung des Bundesvorsitzenden zum Ausdruck. Die Tagesordnung der Konferenz begann mit einem Vortrage des Genossen Raphaeli über die Bedeutung des Young-Planes für die Arbeiterschaft. Der Vortragende gab eine Uebersicht über die Konjunktursituation für die materielle Lage der Arbeiterschaft, die im Zusammenhang mit der Annahme des Young-Planes zu erwarten sein dürften, und damit die Möglichkeit zu Schlussfolgerungen hinsichtlich der Abwehr nachteiliger Folgen der bevorstehenden finanzpolitischen Entscheidungen. Fragen der Hörer boten Raphaeli Gelegenheit, seine für die Redakteure ungemein wertvollen Darlegungen in einem ausführlichen Schlußwort wesentlich zu erweitern.

Scheffler erstattete sodann einen Bericht über die Tätigkeit des Sachausschusses. Eine vom Sachausschuß ausgearbeitete Denkschrift, Vorschläge für eine Reform des Zeitungsverbandes enthaltend, lag der Konferenz vor. Mit ihrer Ausarbeitung hatte der Sachausschuß den Auftrag einer früheren Redakteurkonferenz ausgeführt. Ausgehend von dem Wunsch, die publizistische Wirkung der Gewerkschaftsredakteure auf das unter gegebenen Umständen denkbar höchste Maß zu steigern, hat der Sachausschuß Feststellungen über die Zeitspanne getroffen, die zwischen dem Redaktionsstillschluß der einzelnen Hefen und ihrer Auslieferung an die Leser liegt. Da diese Zeitspanne fast immer sehr groß ist — sie bewegt sich für die Mehrzahl der Hefen zwischen 5 und 12 Tagen —, verlieren die Zeitungen auf dem Wege zwischen Redaktion und Leserleser viel von ihrer Aktualität, wodurch der Zweck vieler, nicht selten der wichtigsten Beiträge unerfüllt bleibt. Um diesem Uebel zu begegnen, rät der Sachausschuß zu einer Nachprüfung des Verfahrens der Expedition der Zeitungen und gegebenenfalls zu deren Reform. Er hat über die Möglichkeiten zur Beschleunigung des Verbandes genaue Ermittlungen angestellt, die er in seiner Denkschrift mitteilt, um die Verbandsvorstände anzuregen, sich dieser Möglichkeiten zu bedienen. Den Verbandsvorständen ist die Denkschrift zugegangen.

Aus der Zahl der übrigen Arbeiten des Sachausschusses, die Scheffler in seinem Bericht erwähnte, sind die Bemühungen hervorzuheben, die der Sachausschuß unternommen hat, um den Verkehr, den die Reichs- und Staatsbehörden mit der Presse unterhalten — sei es durch die Herausgabe von Pressematerial, sei es durch die Abhaltung von Pressekonferenzen —, auch auf die Gewerkschaftsblätter auszudehnen. Diese Bemühungen hatten noch nicht den gewünschten Erfolg, sie werden aber fortgesetzt. — Mit dem Institut für Zeitungskunde an der Universität in Berlin hat der Sachausschuß eine Verbindung angeknüpft, die dahin zielt, den Kollegen von der Gewerkschaftsredakteure den Zutritt zu den Einrichtungen des Insti-

tuts zu erschließen und auch auf diese Einrichtungen, namentlich auf die Lehrpläne, einen Einfluß in der Art zu gewinnen, daß die Beteiligung der Redakteure an dem Institut von Nutzen ist für die Gewerkschaftsredakteure. — An den Sachausschuß gelangen, wie Scheffler mitteilen konnte, Einladungen von Großunternehmungen, städtischen Behörden und anderen Institutionen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft — Einladungen zum Besuch der von diesen Stellen betreuten Einrichtungen in Verbindung mit der Abhaltung von Konferenzen. Und wenn auch keine Möglichkeit zur Befolgung aller dieser Einladungen besteht, so zeugen sie doch davon, daß die Gewerkschaftsredakteure durch ihre Hinausdringung in die breite Öffentlichkeit in steigendem Maße Beachtung finden. Mit Institutionen, die mit der Arbeiterbewegung eng verbunden sind, wie die Volkshochschule und andere, sollen Beratungen über ein besseres Zusammenwirken zwischen deren Pressestellen und der Gewerkschaftsredakteure gepflogen werden. Ferner wird sich der Sachausschuß (in unverbindlicher Form) die Beratung der Kollegen bei der Gewinnung sachkundiger Mitarbeiter für bestimmte Sachgebiete wie für einzelne wichtige Vorgänge im öffentlichen Leben angelegen sein lassen. Ein warnendes Wort widmete Scheffler der Frage der Buchbesprechungen; seine Warnung galt dem kritischen Abdruck von Buchzetteln, bei dem monotoner Fehlgang unterlaufen könne. Es gäbe sogar Verleger, die den Redaktionen den Abdruck von Buchzetteln zumuten, ohne die Bücher zur Verfügung zu stellen; gegen diese Unsitte müßten sich die Kollegen verwahren.

Nach kurzer Diskussion über diesen Bericht Schefflers wurden die Verhandlungen abgebrochen. Für den Nachmittag hatte die Berliner Verkehrs-A.-G. zur Befichtigung ihrer modernen Betriebe eingeladen, und diese Befichtigung verschaffte den Teilnehmern einen interessanten Einblick in das verborgene Getriebe der Straßenbahn-Hauptbahnhöfe und Tiefgaragen der Autobusse, aus deren baulich schönen Hallen sich Tag für Tag von neuem der Strom der Fahrzeuge über die Stadt ausbreitet. Im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeindevahlen hat diese Befichtigung bemerkenswerter Einrichtungen der größten kommunalen Verkehrsunternehmung auch aktuellen Wert.

Am zweiten Tage der Konferenz sprach Erich Knaut, Direktor der Bildergilde Gutenberg, über den Ausbau des Unterhaltungsanteils der Gewerkschaftsblätter. Er gab den Redakteuren sehr wertvolle Ratschläge für die Gestaltung eines charaktervollen, zum Nutzen der Bewegung wirksamen und Stofflich an das Interesse des Tages anknüpfenden Feuilletons, und seine Anregungen wurden in einer lebhaften Debatte nutzbringend erörtert. In der Debatte spielte namentlich die Frage eines Preisauschreibens zur Gewinnung von Kurzgeschichten, die für die Gewerkschaftsredakteure geeignet sind, eine Rolle.

Am letzten Punkt, Ausbau der Jugendzeitschriften der Gewerkschaften, sprach Hasse (Metallarbeiter-Zeitung und Metallarbeiter-Jugend). Referat und Diskussion ergaben auch hier wichtige Fingerzeige für eine zweckvolle Stoffliche Ausstattung der Blätter. Aufgabe des Sachausschusses wird es sein, die mitgeteilten Erfahrungen auszuwerten.

Anspruch der Heimarbeiter auf Entgelt und Schadensersatz nicht berührt. Die Buße fließt nicht in die Tasche der Heimarbeiter, sondern in die für je zuständige Ortskrankenkasse.

Die Buße wird nach den reichsrechtlichen Vorschriften für die Beitreibung öffentlicher Abgaben eingezogen. Der von der Buße Betroffene kann gegen die Festsetzung innerhalb 2 Wochen Beschwerde führen. Die Beschwerde ist bei dem Sachausschuß oder bei der höheren Verwaltungsbehörde einzureichen. Ueber die Beschwerde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

Wir sind überzeugt, daß es noch mehrere Tarifbrecher in der sächsischen Kunstblumen-Industrie gibt. Die Heimarbeiter, die ihren richtigen Lohn nicht erhalten, müssen das in jedem Fall ihrer Organisation melden. Auf diese Art kann den Tarifbrechern mit der Zeit die notwendige Achtung vor Tarif und Gesetz beigebracht werden.

Die Krankenversicherung im Jahre 1927.

Wie bisher schon, so erscheint auch diesmal die Reichsstatistik über die Krankenversicherung im Jahre 1927 ziemlich spät. Sie erscheint jedoch nicht so spät, um wertlos zu sein. Auch aus diesen verhältnismäßig weit zurückliegenden Zahlen und Angaben läßt sich mancher Anhalt für die Wichtigkeit und Leistungsfähigkeit unserer Krankenversicherung feststellen. Dies ist um so wichtiger, als jetzt wieder einmal mit verstärkter Kraft gegen die Krankentafeln von mancherlei Seiten Sturm gelaufen wird.

Die Zahl der reichsgegliederten Krankentafeln ist im Berichtsjahre weiter gestiegen. Es waren jedoch immer noch insgesamt 7492 Krankentafeln tätig. Während alle anderen Kassenarten abgenommen haben, ist die Zahl der Innungs- und Gewerkschaftskassen um 30 gestiegen. Die Innungen betreiben ihre Versplitterungspolitik eben immer weiter. Zu diesen reichsgegliederten Kassen kamen noch 33 knappschaftliche und 58 Ersatzkassen. Die Zahl der einzelnen Kassenarten und ihrer Mitglieder betrug:

Ortskrankentafeln	Zahl der Kassen	Zahl der Mitglieder
Landkrankentafeln	2150	13 227 000
Betriebskrankentafeln	431	2 034 000
Innungskrankentafeln	4087	3 388 000
Gewerkschaftskassen	824	520 000

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß zwar der Zahl nach die anderen Kassenarten überwiegen, daß aber den Mitgliedern nach die Ortskrankentafeln vorstehen. Im Gesamtdurchschnitt zählte diese im Berichtsjahre 6185 Mitglieder. Während auf eine Ortskrankentafel im Durchschnitt nur 644 Versicherte, leider gibt es noch eine verhältnismäßig große Zahl von Zwerghäusern, so hat noch 743 Betriebskrankentafeln mit je unter 150 Mitgliedern festgestellt. Ueber 100 000 Mitglieder hatten 16 Kassen, darunter 12 Ortskrankentafeln.

Auf je 100 Versicherte kamen im Durchschnitt 53,6 Krankheitsfälle. Im Jahre 1926 kamen auf die gleiche Zahl Mitglieder nur 44,8 Fälle. Krankheitsfälle entfielen auf 100 Versicherte 1243 (im Vorjahre 1152). Es ist also sowohl die Zahl der Krankheitsfälle, als auch die Dauer der einzelnen Fälle erheblich gestiegen. Der Gesundheitszustand hat sich demnach nicht unerheblich verschlechtert. Betrachtet man die Zahlen des Jahres 1913, so wird diese Feststellung noch bekräftigt. Es kamen in diesem Jahre auf 100 Versicherte 37,3 Krankheitsfälle mit je 685,2 Krankheits-tagen. Im Vergleich hierzu haben sich die Sterblichkeitsverhältnisse gebessert. Während im Jahre 1913 auf 100 Versicherte 0,72 Sterbefälle gezählt wurden, waren es im Berichtsjahre (1927) dagegen 0,61. Wochenhospitale wurden zusammen 706 604 gezählt. Auf 1000 Mitglieder kommen 26,9 Fälle. Die im Gesetz vorgesehenen Krankentafeln sind verhältnismäßig am meisten von den Ortskrankentafeln eingezogen. Die Hauptleistung ist hier die Familienhilfe. Sie wurde gewährt von 92,7 Proz. der Orts-, 77,7 Proz. der Land-, 91,7 Proz. der Betriebs- und 90,7 Proz. der Innungs-krankentafeln.

Die gesamten Reineinnahmen der reichsgegliederten Krankentafeln betragen im Berichtsjahre 1680,9 Mill. RM. Die Reineinnahmen beliefen sich auf 1459,8 Mill. RM.

Ausfuhrüberschuß von 166 Millionen.

Die Bilanz des deutschen Außenhandels war im August aktiv. Im September hat diese Aktivität nicht nur angehalten, sondern ist weit über das Ergebnis des Vormonats hinausgenommen. Dieses erfreuliche Ergebnis wurde sowohl von der Einfuhrseite als auch von der Ausfuhrseite beeinflusst. Es wurde eine Einfuhr im reinen Warenverkehr von 1088 und eine Ausfuhr von 1204 Millionen Reichsmark erzielt. Die Einfuhr ist gegenüber dem Vormonat um 34 Millionen Reichsmark zurückgegangen. Leider sank auch die Einfuhr von Rohstoffen um 28 Millionen Reichsmark. Weiter sank die Lebensmittelaufuhr um 10 Millionen Reichsmark, die Einfuhr von Fertigwaren ist unwesentlich gestiegen. Der Rückgang der Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren ist zurückzuführen auf Abnahme der Einfuhr von Wolle, Hanf und Nugholz sowie Eisenerzen. Die Ausfuhr stieg insgesamt um 14 Millionen Reichsmark. Zugenommen hat die Getreideaufuhr und die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren. Die Fertigung von Waren aus Holz ist etwas zurückgegangen, hat aber nach wie vor einen sehr hohen Stand. Gestiegen ist die Fertigwarenausfuhr bei Textilzeugnissen ferner Kinderpielzeug, Pelzwaren und anderen Produkten. Eine größere Abnahme war bei Maschinen um 9,5 Millionen Reichsmark und bei Wasserfahrzeugen um 14,2 Millionen Reichsmark zu verzeichnen. Mit 879,4 Millionen Reichsmark übertrug die Fertigwarenausfuhr im September diejenige des September 1928 um 53 Millionen Reichsmark, den Monatsdurchschnitt 1928 um 154 Millionen Reichsmark und den Monatsdurchschnitt 1927 um 286 Millionen Reichsmark. Mit ihm ein sehr günstiges Ergebnis. Mit einem Ausfuhrüberschuß von 166 Millionen Reichsmark einschließlich der Reparationslieferungen wurde das günstigste Ergebnis nicht nur seit dem Krieg, sondern auch der meisten Jahre in der Vorkriegszeit erzielt.

Die größten Konsumvereine Deutschlands.

Die Konsumgenossenschaftliche Macht strahlt naturgemäß am sichtbarsten dort aus, wo zusammengeballte Menschenmassen wohnen. So ist es denn auch kein Wunder, daß in den großen Städten die größten Konsumvereine sind. Jedoch hat die Umfänge dieser Konsumvereine nicht die gleiche Reihenfolge wie die Größenordnung der Städte. Vor dem Kriege hatten die beiden Konsumgenossenschaften Leipzig und Dresden die höchsten Umsätze. Die Umsätze der fünf größten Konsumvereine im Geschäftsjahre 1913/14 waren (in Millionen Reichsmark): Hamburg 23,5, Berlin 17,3, Dresden 25,4, Leipzig 27,1, Essen 15,1. Im Geschäftsjahre 1928/29 hatten die Umsätze folgende Millionenwerte erreicht: Hamburg 82,5, Berlin 68,2, Dresden 56,9, Leipzig 45,4 und Essen 32,3. Wenn der Umsatz im letzten Friedensjahre gleich 100 gesetzt wird, so ergeben sich folgende Verhältniszahlen:

Stromungen	1913/14	1924/25	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29
Hamburg	100	165	209	250	304	351
Berlin	100	160	190	234	301	394
Dresden	100	78	108	148	187	224
Leipzig	100	70	81	101	140	167
Essen	100	122	140	156	184	213

Diese Aufstellung zeigt, wie mächtig die Konsumgenossenschaften sich aus den mitleidigen Inflationsverhältnissen emporarbeiten mußten. Desto größer ist die Freude, wenn man sich die Entwicklung in den letzten Jahren ansieht. Am besten hat sich Berlin entwickelt. Dann folgt Hamburg, des ferneren Dresden und so weiter. So groß auch diese Genossenschaften sind, dennoch haben sie noch lange nicht den größten Teil der Verbraucher erfasst. Es ist Aufgabe jedes fortschrittlichen Lohn- und Gehaltsempfängers für die weitere Stärkung der Genossenschaften tätig zu sein, damit sie eine noch größere wirtschaftliche Machtgruppe der Konsumenten werden.

Ich hab' mein Sein auf nichts gestellt
Als auf ein Eindeut-Mad.
Man kriegt kein beßres für sein Geld,
Drum spar ich früh und spät.



Bekanntmachung

gemäß § 35 des Hausarbeitsgesetzes.

Der Fachauschuss für die Glasindustrie in Thüringen, Sitz Neuhaus a. Rhg., hat in seiner Sitzung am 8. Oktober 1929 folgenden Beschluß gefaßt:

1. Der zwischen dem Verband der Thüringer Spielwaren-Interessenten G. m. b. H., Sitz Sonneburg i. Th. und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Sitz Hannover, abgeschlossene Tarifvertrag für Glaschristbaumtischmud für das Jahr 1930 wird für das Gesamtgebiet des Landes Thüringen für allgemeinverbindlich genehmigt.
2. Die Allgemeinverbindlichkeitsgenehmigung beginnt am 16. Dezember 1929.
3. Der Tarifvertrag für Glaschristbaumtischmud für das Jahr 1930 kann beim Verband der Thür. Spielwaren-Interessenten G. m. b. H. in Sonneburg beim Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Steinach, Thüringer Wald, bei den Gewerbeaufsichtsamtern Meiningen und Saalfeld und bei der Geschäftsstelle des unterzeichneten Fachauschusses eingesehen werden.

Sonneberg i. Th., den 8. Oktober 1929.

Fachauschuss für die Glasindustrie i. Th.,
Sitz Neuhaus a. Rhg.

Gußglashüttenbetrieb.

Langgestreckt liegt der riesengroße Betrieb vor uns; abgeschlossen mit einer hohen Mauer, alle Arbeiter und Arbeiterinnen müssen das Tor passieren, an dem ein Wächter mit erpöster, strenger Miene wacht. Die Zufuhr der Rohstoffe und die Abfuhr des fertiggelassenen Spiegelglases geschieht durch das gleiche Tor. Die Güterwagen rollen bis zum Packraum, und der gesamte Betrieb macht auf uns einen geradezu gigantischen Eindruck. Ach, wie klein ist dagegen der Tafelglasofen aus früherer Zeit, an dem höchstens 4 Arbeitsschichten in der Woche gemacht wurden, und gering war die Zahl der beschäftigten Arbeiter! Eine gewaltige Umwälzung hat sich vollzogen, die nur der Beurteilung kann, der den Gang jener ungeheuren, gewaltigen Entwicklung miterlebt hat.

Nach kurzer Anfrage bei der Direktion ist der Betrieb für uns geöffnet, und der Direktor erachtet sich in der höflichsten Form, uns den Betrieb in allen Einzelheiten zu zeigen. Der Rundgang beginnt.

Drei gewaltige Schmelzöfen mit je 16 Häfen sind unter Feuer. Es ist draußen kühle Temperatur, aber drinnen vor dem Ofen ergiebt sich eine Hölle, die für die ersten Augenblicke fast unerträglich wirkt. Die Arbeiter stehen, wie in Schweiß gebadet, und kein Laut geht über ihre Lippen. Der Ofen wird vor dem Haufen geöffnet, und der durch elektrische Kraft getriebene Kran wird an den Ofen herangebracht, nachdem der Haufen bereits vom dem Gefäß etwas gelodert ist. Dreht der Kranführer zwei, große Arme um den Haufen herum. Dann hebt sich der Haufen los und wird der Gußplatte zugefahren. Eine Hölle fährt! Während der kurzen Fahrt treten einige Arbeiter an den Haufen heran, um den Boden des Hafens von allem Schmutz und Unrat zu befreien. Die Gluthitze, die dem Glas und Haufen entströmt, gibt kaum die Möglichkeit, sich dem Haufen zu nähern; aber die Hölle ruft, und der Arbeiter muß arbeiten, denn er und die Familie ist auf den Verdienst angewiesen. So springen dann 2-3 Arbeiter heran, um den Boden zu säubern, damit kein Steinchen in die Glasmasse fällt, denn das Spiegelglas darf nicht den geringsten Fehler aufweisen. In anderen Betrieben saßen wir, wie der Ofen mit dem Glas, durch den Kran angetrieben, über Stahlblech fährt; in diesem Fall erfolgt die Reinigung des Glashafens durch elektrische Kraft, und auch die Arbeiter sind nicht so großen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt.

Der Haufen hat die Gußplatte erreicht. Der Kranführer gibt das Glockenzeichen. Die beiden Stahlarme halten den Haufen fest umschlossen, und der Kipper tritt in Tätigkeit. Der Haufen wird auf die Seite gelegt, läuft über die Gußplatte hinweg. Dann wandert die Platte mit dem noch fast flüssigen Glas unter die Stahlwalzen, und in kaum einer Minute liegt die große Glascheibe in zwei Teilen vor uns auf dem Gießtisch. Die Glascheibe hat eine Länge von 6½ m, eine Breite von 4 m. Die Stärke des Glases wird nach den eingegangenen Aufträgen reguliert, und beträgt für Dünnglas 5-6½ mm, für Dickglas 7-9 mm. Nur 9 Arbeiter sind während des Arbeitsvorganges beschäftigt. Es ist die sogenannte Gießkolonne. Auf jeden Seiten wird der Arbeitsprozeß einen geradezu gewaltigen, imposanten Eindruck machen.

Die riesengroßen Glasplatten wandern in den Kühlofen. Bei diesem Arbeitsprozeß, der mit größter Vorsicht ausgeführt werden muß, sind drei Kühlofenwärter und drei Mann auf der Kühlofenfeuerbühne beschäftigt. Drei Öfen sind insgesamt im Betrieb, in jedem Ofen 16 Häfen, die 32 Platten, zusammen 96 Platten von je 25-30 qm Größe liefern. Es werden insgesamt rund 2000-3000 qm Gußglas pro Arbeitsschicht hergestellt.

Verläßt die Glasplatte nach der Kühlung den Kühlofen, dann wandert sie auf den Schneidstisch. Hier werden die Glasplatten je nach den vorliegenden Aufträgen zerschnitten. Vor mehr denn einem Jahrzehnt wurden diese Glasplatten von starken Arbeiterhänden getragen und Schnittwunden waren nicht selten. Heute schiebt sich an jeder Seite eine Saugvorrichtung, mit einer Gummiplatte versehen, so fest an die Glasplatte an, daß ein Mann die großen Glasplatten weiterbefördert.

In dem Sortierraum sind fünf Glasbeschauer tätig, außerdem neun Rohglasbeschauer und sechs Holzsträger. Die Glasbeschauer suchen die bereits geteilten Gläser nach Fehlern ab. Auf den Glasplatten knieend, hat der Glasbeschauer eine elektrische Lampe in der Hand, die alle Strahlen auf das Glas einwirken läßt. Vorhandene Fehler werden angezeichnet und müssen bei der weiteren Verteilung berücksichtigt werden. Die Schaulinien- und Spiegelgläser müssen fehlerfrei sein, kein Steinchen oder Bläschen darf sich zeigen. Dieser Umstand beweist, wie schwierig die Produktion des Spiegelglases ist. Die Arbeiter dieser Betriebe haben keine Freizeit im eigentlichen Sinne des Wortes durchgemacht, gelten als angelernte Arbeiter; aber wir müssen sie als hoch qualifizierte Arbeiter bezeichnen.

Jetzt beginnt der Schleißprozeß. Die Schleißbalken öffnen sich. Große, runde Schleißscheiben, mit wasserrechten Eisenplatten versehen, nehmen die Glasplatten auf. Eine Scheibe nach der andern wird auf die Eisenplatte aufgedrückt und, nachdem dies geschehen ist, kommt die Eisenplatte unter eine, von oben herab-

gelassene Eisenplatte, die nun, aufeinandergepreßt, in entgegengesetzter Richtung sich blitzschnell, von elektrischer Kraft getrieben, in drehende Bewegung setzen. Dazwischen fließt Wasser und Sand, der immer feiner wird, bis die Platte fertig geschliffen ist und dann poliert werden kann.

Noch einmal werden die fertiggestellten Gläser auf Fehler und Mängel sortiert. Nicht der kleinste Fehler darf sich zeigen. Nur größte Umsicht und Gewissenhaftigkeit können völlig fehlerfreies Glas auf den Markt bringen, und legen dann Zeugnis ab von der gewaltigen Arbeit, die in der Gußglashütte zu erledigen ist.

An den großen Schmelzöfen stehen 1 Obermelzer, 6 Schmelzer, 1 Nachmann, 1 Temperaturaufsesser, 4 Ofenregulierer und 16 Nachleute, die das Einlegen des Gemenges ausführen. Diese Arbeiter besorgen vor dem Beginn des Glasgießens den Schmelzprozeß des Glases. Das Gemenge wird in den Gemengeräumen zusammengestellt, mit Mischmaschinen gemischt, und dann mit Loren bis an den Glasofen gefahren. Mittels kleinerer Wagen wird das Gemenge dem Ofen zugeführt und in den Glashäfen zum fertigen Glas geschmolzen.

Draußen vor den Öfen stehen die Gasgeneratoren, die das Gas für die Schmelzöfen liefern. Insgesamt werden an allen Öfen 18 Heizer beschäftigt. Vom Kohlenstaub brennt, führen sie ihre Arbeit 8 Stunden hintereinander aus. Die Woche hat für sie 7 Tage, und wenn der Sonntag frei sein soll, treten Hilfsarbeiter ein, oder die Arbeitszeit wird auf 12 Stunden ausgedehnt, um so den Sonntag frei zu bekommen.

Das ganze Werk macht auf uns einen gigantischen Eindruck, der um so stärker zum Ausdruck bei denen kommt, die die ganze Entwicklung in der Glasindustrie in den letzten 50 Jahren miterlebt haben.

Zum Schluß betreten wir die Bad- und Verladerräume. In große starke Holzlisten werden die Schaulinien Scheiben gelegt, die eine Herde unserer Warenhäuser bilden. Nicht nur Deutschland, sondern vornehmlich das Ausland bildet den Abnehmer der großen Schaulinien Scheiben, die mit der Bahn bis zum Hafen gebracht werden, um dann mit den großen Dampfern dem Ausland zugeführt zu werden.

Wir verlassen den Betrieb, dessen Besichtigung nicht ohne Eindruck auf uns blieb, mit dem Wunsche, könnte doch recht bald die Stunde schlagen, an dem die Arbeiter ihren Anteil nehmen möchte an den nicht kleinen Gewinnen, die die Aktiengesellschaft abwirft.

Tarifabschluss in der Spiegel-Fassettenindustrie.

In der Spiegel-Fassetten-Industrie des Nacher Bezirks hatten die Organisationen schon immer mit großen Schwierigkeiten bei Neuregelungen der Löhne zu rechnen. Einzelne Firmen konnten sich nur schwer von den früheren Methoden trennen und hat man sich doch endlich dazu bereit finden müssen, mit den Gewerkschaften über diese Fragen zu verhandeln.

Erst in diesem Sommer war es gelungen, einen Mantelvertrag für diese Industrie zum Abschluß zu bringen. Dieser Vertrag konnte auch nur unter Zurückweisung ausgedehnter Arbeitgeberallüren, indem der Vertreter des Arbeitgeberverbandes nachzuweisen versuchte, sie seien nicht eine tariffähige Vereinigung, zum Abschluß gebracht werden. Die Arbeitsordnungen einzelner Betriebe bedürfen einer radikalen Umformulierung und Aenderung, und es ist Aufgabe der Organisation, diese veralteten Satzungen durch neuzeitliche ersetzen zu helfen.

Die Glasindustrie ist zurzeit nicht sehr gut beschäftigt. Die Spiegelglashütten des Nacher Bezirks sind in letzter Zeit dazu übergegangen, die Weiterverarbeitung (Fassettierung und Belegen) selbst zu übernehmen, wodurch die Betriebe in Nachen und Umgebung stark in ihrem Beschäftigungsgrad zurückgegangen sind.

Die Lohnentwicklung leidet dadurch naturgemäß, und es bedarf der größten Anspannung gewerkschaftlicher Fähigkeit, Fortschritte in der Lohngestaltung zu erringen.

Zum 1. Oktober hatten die Gewerkschaften nun den Lohnvertrag gekündigt. War es bisher unmöglich, in freier Vereinbarung zu einem Abschluß zu kommen, so hatte man sich in Arbeiterverbänden heute besser beraten lassen. Es kam also zu Parteiverhandlungen und auch zu einer Verständigung. Dem Uebel, sich nur mit Schlichterhilfe eine höhere Bezahlung auferlegen zu lassen, ist man damit aus dem Wege gegangen. Die Erhöhung befriedigt die Arbeiterschaft keineswegs und wenn die Belegschaften ihre Zustimmung zu dem Abschluß gaben, so waren dafür Gründe maßgebend, welche auf anderem Gebiete lagen.

Die Facharbeitergruppen über 21 Jahre erhalten eine Erhöhung von 4 Pf. die Stunde, und da diese vorwiegend im Afford arbeiten, die Affordlöhne aber unverändert bleiben sollen, hängt diese Erhöhung für die Facharbeiter in der Luft.

Die Hilfsarbeiter sind etwas besser bedacht worden. Für Arbeiter von 14-18 Jahren erhöhen sich die Stundenlöhne durchweg um 4 Pf. die Stunde. Die Hilfsarbeiter von 18-21 Jahren erhalten durchweg eine Stundenlohn-Erhöhung von 6 Pf.

Die Arbeiterinnenlöhne wurden mit diesem Lohnvertrag zum erstenmal tariflich vereinbart. Der Erfolg, daß eine über 20 Jahre alte Arbeiterin eine Erhöhung ihres bisherigen Stundenlohnes von 50 Proz. nunmehr erhält, klingt wunderbar, aber wie sah die Entlohnung vor der Bewegung aus? Die Firma, welche Arbeiterinnen beschäftigt (nennen wollen wir sie nicht), nahm für sich in Anspruch, die schlechtesten Löhne für Arbeiterinnen im Regierungsbezirk Nachen zu zahlen.

Das getätigte Abkommen hat Gültigkeit vom 1. Oktober 1929 und kann mit monatlicher Frist erstmals zum 31. Dezember 1930 gekündigt werden.

Diese Lohnbewegung hat uns einen Schritt weiter gebracht, daß der Erfolg in Zukunft ein besserer wird, dazu können die Glasarbeiter und -arbeiterinnen mit beitragen, indem sie sich restlos ihrer gewerkschaftlichen Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, anschließen.

Grauer Star als Berufskrankheit.

In der Starerkrankungssache unseres Kollegen Gaim in Bischofsberda, ist endlich der Kollege in den Besitz seiner Rente gekommen. Ein jahrelanger Kampf ist damit endlich zum Abschluß gekommen.

In der Berufungssache des Glasmachers Max Eduard Gaim in Bischofsberda, - Vertreter Girma, Berlin, - Berufungsläger, gegen die Glas-Vereinsgenossenschaft, Berufungsbelegte, hat die Spruchkammer II des Oberverwaltungsamtes Nachen nach mündlicher Verhandlung in der Sitzung vom 1. Oktober 1929, für Recht erkannt:

Unter Abänderung des angefochtenen Bescheides vom 10. Juni 1929, wird die Beklagte verurteilt, dem Kläger vom 27. April 1929 ab eine Dauerrente von 50 Proz. zu gewähren. Die außergerichtlichen Kosten sind mit 8 RM zu erstatten.

Gründe:

Die Spruchkammer hat nach dem in dieser Instanz beigegebenen ärztlichen Gutachten dem angefochtenen Bescheid nicht beizustimmen können.

Der Kläger leidet nach der im Dezember 1928 erneut vorgenommenen linksseitigen Staroperation an einer beiderseitigen Linienlosigkeit und ist im angefochtenen Bescheid mit einer Dauerrente von 25 Proz. entschädigt worden.

Dem dieser Bescheiderteilung zu Grunde liegenden Gutachten der Universitätsaugenklinik zu Leipzig hat der Gerichtsgutachter Augenarzt Prof. Dr. v. Wislitz in Dresden, jedoch nicht beizustimmen können. Prof. Dr. v. Wislitz ist der Ansicht, daß wegen der schwierigen Verhältnisse des Staroperierten als Glasmacher vor dem Dien, wegen der nötigen Umschulung des jetzt 53jährigen Mannes und wegen der für die Umschulung dringend nötigen Akkommodation, welche hier noch fehlt, die Minderung der Erwerbshfähigkeit des Klägers auf mindestens 50 Proz. zu bemessen ist und eine Verabreichung dieser Rente nur dann in Frage kommen kann, wenn sich der Kläger an das Tragen und den Wechsel der Starbrillen gewöhnt hat.

Dieser ärztlichen Begutachtung hat sich die Spruchkammer unbedenklich angeschlossen. Prof. Dr. v. Wislitz hat in eingehender Weise zu dem Gutachten der Universitätsaugenklinik Stellung genommen und die von ihm vertretene Schätzung der Erwerbshminderung begründet. Diese Beurteilung trägt auch dem Umstand Rechnung, daß der Kläger tatsächlich jetzt seinem früheren Beruf als Glasmacher nicht mehr nachgehen kann und nur noch eine Nebenbeschäftigung ausübt, bei welcher er einen etwa um die Hälfte niedrigeren Wochenverdienst erzielt.

Bei dieser Sachlage hat die Spruchkammer den Sachverhalt für genügend geklärt erachtet und demgemäß unter Abänderung des angefochtenen Bescheides erkannt.

Auf den Antrag der Beklagten, die Verhandlung anzusehen und ihr Gelegenheit zu geben, nochmals zu dem Gutachten des Prof. Dr. v. Wislitz Stellung zu nehmen, hatte die Spruchkammer keine Veranlassung gehabt, einzugehen.

Die Auslegung des Verfahrens, welcher auch der Kläger widersprochen hatte, kann zu einer weiteren Klärung des Sachverhaltes nicht führen; denn der objektive Befund weicht in beiden Gutachten nicht voneinander ab. Es handelt sich vielmehr lediglich um die Bewertung der Minderung der Erwerbshfähigkeit und in dieser Richtung ist von dem Gerichtsgutachter seine Schätzung sehr eingehend und überzeugend begründet worden. Prof. Dr. v. Wislitz ist ein auf dem Gebiete des Entschädigungs- und Verpflegungsverfahrens besonders erfahrener Arzt, so daß keine Bedenken bestanden, sich dessen Schätzung anzuschließen, wie seinem Gutachten schon vorher der Vorzug gegeben worden ist gegenüber dem Gutachten der Universitätsaugenklinik.

Nach alledem war unter Abänderung des angefochtenen Bescheides zu entscheiden, zu erkennen.

Die Entscheidung über die Kosten beruht auf § 1670 der Reichsversicherungsordnung.

Gegen diese Entscheidung ist nach § 1700 Abs. 8 der Reichsversicherungsordnung ein weiteres Rechtsmittel nicht mehr möglich.

Die Uebereinstimmung dieser Ausfertigung mit der Urschrift wird hiermit bezeugt:

gez.: Diebner, Regierungsekretär.

Mangel an Fensterglas?

Durch einige Tageszeitungen wird die Mitteilung bekannt, daß sich jetzt bei Abschluß der Baujahre in Deutschland, ein Mangel an Fensterglas in den gebräuchlichsten Sorten bemerkbar macht.

Der Mangel tritt vor allen Dingen in Gegenden auf, wo Fensterglashütten nicht vorhanden sind. Es scheint, als wenn die Umstellung der Handfabrikation auf Maschinenarbeit zu schnell erfolgt ist, und durch die einsetzenden Reparaturen an den Maschinenwannen der Glasmangel eingetreten ist.

Vom Standpunkt der mechanischen Fensterglashütten Deutschlands wird bekanntgegeben, daß der Mangel nur vorübergehend sein kann, da die deutsche Tafelglasindustrie in Land- und Maschinenarbeit zurzeit rund 24 Millionen qm Tafelglas im Jahre herstellen kann, währenddem der Konsum nur 16 Millionen qm durchschnittlich beträgt. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre der Großhandel infolge wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse mit der Aufgabe von Bestellungen sehr lange gewartet hat, und deshalb augenblicklich alle Aufträge nicht laufend geliefert werden können, da die Lagerbestände sehr oft zu anderen Mäßen zugeschnitten sind, wie sie angefordert werden.

Von den Vertretern der Tafelglasindustrie wird dringend gewarnt, daß man stillliegenden, handarbeitenden Tafelglasbetrieben jetzt den Anreiz gibt, wieder die Produktion aufzunehmen, da in den an und für sich kalten Monaten des Frühjahrs wegen Mangel an Kapitalien diese Betriebe doch wieder schließen müßten.

Der Arbeitnehmererschaft will es erscheinen, als wenn ein Mangel an Organisation beim Großglashandel, sowie auch ein Mangel an rechtzeitiger Verständigung des Verkaufsinstituts mit dem Handel vorhanden ist. Derartige Vorgänge können dazu führen, daß das Wirtschaftsinstitut wieder mehr Gläser aus dem Ausland hereinläßt, was in Zeiten ruhiger Entwicklung dann belastend für den Markt, belastend aber auch für die Industrie und für die in ihr beschäftigten Arbeiter wirkt. Es ist deshalb zu erwarten, daß in kommenden Jahren derartige Verhältnisse nicht wieder eintreten.

Zusammenschluß in der Keschglasindustrie.

In der deutschen Keschglasindustrie sind in den letzten Jahren die Verhältnisse durch fortgesetzte Unterbietungen im Preise selbst für gut fundierte Betriebe katastrophal geworden. Die Arbeiterschaft der vorgenannten Industrie hat unter diesen Erscheinungen tarif- und arbeitsmarktpolitisch schwer zu leiden.

Um den unheilbaren Zuständen ein Ende zu bereiten, haben die Industriellen der Keschglasindustrie beschlossen, eine Sitzung zwecks Gründung einer Verkaufsvereinigung der deutschen Keschglasindustrie einzuberufen. Es soll die Frage des herrschenden Preiskampfes besprochen werden, man hofft stark, daß die geplante Preisfestschreibung noch vor Weihnachten zustandekommt.

Auf der Gründung der Preisfestschreibung würden etwa 20 Firmen beteiligt sein.

Amerikanische Zolltarife.

Die Opposition, die sich im amerikanischen Senat geltend machte, verurteilte einen Aufschub der Abstimmung über die Erhöhung der Zolltarife für Kohl- und Beleuchtungsgläserartikel. Man glaubt, daß der Senat erst im Dezember einen endgültigen Beschluß fassen wird.



Bedeaux-System.

Die Vertreter des Bedeaux-Systems, insbesondere die Gesellschaft selbst, betonen immer wieder, daß das System auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut ist und die Arbeitsgänge und damit die sich daraus ergebende Entlohnung nach wissenschaftlichen Grundregeln berechnet sei.

Diese wissenschaftliche Grundlage ist bisher uneingeweihten nicht zugänglich geworden. Es ist eine „Wissenschaft“, die nur von Bedeaux-Ingenieuren und ihrer Gesellschaft ergründet ist. Uneingeweihte tapen immer im Dunkeln. Professor Dr. Ramsefeld von der technischen Hochschule in Darmstadt hat ja schon als Wissenschaftler zu diesem System in kritischer Art Stellung genommen. Wir glauben heute in der Lage zu sein, den Schleier der Wissenschaft noch etwas weiter lüften zu können. Wir kennen jetzt einiges von den Grundlagen des wissenschaftlichen Systems und seiner Anwendung.

Die nachfolgend aufgeführte Anwendungsformel scheint die ganze Wissenschaft, die diesem System von ihren Anhängern zugesprochen wird, zu enthalten. Die Formel lautet:

- I. 1. Arbeitszeit.
2. Praktische Fähigkeiten,
3. Bisherige Erfahrung,
4. Kompliziertheit der Arbeit,
5. Handfertigkeit und Bewegungsgenauigkeit.
- II. 1. Anlage und Material,
2. Wirkung auf nachfolgende Arbeitsgänge,
3. Zusammenarbeit,
4. Wachsamkeit,
5. Mißtrauensarbeit.
- III. 1. Eintönigkeit,
2. Abnormale Arbeitsstellung,
3. Ungewöhnlich schwere Arbeit,
4. Unannehmlichkeit.
- IV. 1. Krankheit,
2. Unfälle,
3. Körperliche Leiden.

Das also ist die Wissenschaft. Nach diesem System werden Punkte gutgeschrieben und die Stückpreise, also Abschläge für die Arbeiter, „ergründet“.

Das geschieht von den Bedeaux-Ingenieuren, ohne daß einem Arbeiter Gelegenheit gegeben ist, die Preise mit zu bestimmen. Die Anwendung dieser Formel ist ausschließlich Sache des Bedeaux-Ingenieurs. Auch hier hat der Arbeiter kein Mitspracherecht; und dagegen müssen sich die Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen wenden. Die Preise müssen auf Grund von tariflichen Vereinbarungen zustande kommen und nicht mit Hilfe der Bedeaux-„Wissenschaft“.

Was Nichtorganisierte dem Unternehmer einbringen.

Erfolgreiche Klage.

Unter der Devise „Durch Lohnbitterenzen zur Organisation“ berichtet der „Dannoverische Volkswille“ am Anfang dieses Monats über eine Arbeitsgerichts- und Landesarbeitsgerichtsverhandlung gegen die Firma Porzellanfabrik A.-G. in Sampringe. Es handelt sich um einen Außenleiterbetrieb, der es schon seit langem versteht, sich der Bezahlung der Tariflöhne zu entziehen, trotzdem der Reichstarifvertrag für die deutsche feinkeramische Industrie für allgemein verbindlich erklärt ist und zwar seit Jahren schon. So lange er besteht, hat die Firma in den letzten Jahren bei der Bezahlung ihrer Leute die Allgemeinverbindlichkeit mißachtet. Endlich ist sie nun einmal vor dem Gericht gefaßt worden.

Wir lassen einmal den Bericht über die Verhandlungen folgen:

„Wenn wir Tariflohn zahlen sollen, geht das Wert kaputt.“

Der Kläger war Werkzeugschlosser bei der Hannoverschen Porzellanfabrik A.-G. in Sampringe und bekam als Stundenlohn 65 Pf. während der Tariflohn bis 1. Mai 1929 82,5 Pf. und von da an 86 Pf. betrug und allgemeinverbindlich war. Der Kläger verlangt für 2703 Arbeitsstunden vor dem 1. Mai 473 RM. und für 151 1/2 Stunden nach dem 1. Mai 31,81 RM. Am 25. Mai 1929 ist er aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden. Er behauptet, er habe mehrfach einen höheren Lohn verlangt, sei aber abschlägig von der Beklagten beschieden. Vor dem Tariflohn sei ihm erst nach seinem Ausscheiden Kenntnis geworden, als er sich dem Deutschen Metallarbeiterverband angeschlossen habe. Dem Tariflohn habe er nicht fordern dürfen, weil er sonst keine Kündigung bekommen haben würde und bei den bestehenden Arbeitsverhältnissen habe er sich dieser Gefahr nicht aussetzen können. Daß seine Behauptungen berechtigt gewesen wären, beweise die Tatsache, daß, nach dem der Deutsche Metallarbeiterverband den Tariflohn gefordert habe, Kündigungen in größerem Umfang stattgefunden haben.

Die Beklagte erwidert darauf, ihr sei von einem Tarifvertrag nichts bekannt gewesen; der Kläger habe die Pflicht gehabt, sie darauf hinzuweisen; auch die Allgemeinverbindlichkeit sei ihr nicht bekannt gewesen. Durch die Erklärung der Verbindlichkeit würden die bestehenden Arbeitsverhältnisse nicht abgeändert, sondern es würde nur die Grundlage für eine Abänderung geschaffen. Das Verhalten des Klägers, nach seinem Ausscheiden die Nachzahlung zu fordern, verstoße gegen die guten Sitten. Außerdem verstoße es auch gegen die Arbeitsordnung.

Das Arbeitsgericht Hildesheim verurteilte die Firma aber zur Zahlung von 543 RM; denn die Verbindlichkeitsklärung ist eine zwingende Rechtsvorschrift. Der Arbeitnehmer hat nicht nötig, den Arbeitgeber besonders darauf aufmerksam zu machen; es war seine Pflicht, die Vorgänge zu verfolgen. Es ist auch kein Verstoß gegen die guten Sitten, daß der Kläger erst nach Aufgabe der Stellung die Forderung auf Nachzahlung stellte; denn es ist ihm zu glauben, daß er von der Tarifbindung erst erfuhr, als er sich organisierte. Die Annahme des untertariflichen Lohnes begründet an sich noch keinen Verstoß.

In der Berufungsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht führte der Vertreter der Porzellanfabrik zur Begründung seines Antrages, die Revisionsschlichter anzurufen, an, die Beklagte sei nicht organisiert, und es habe bestenfalls noch mehr Klagen in derselben Sache, welche der Revision, so würden etwa 50 000 RM gezahlt werden müssen. Bei einem Aktienkapital von 30 000 RM könne es sich die Erteilung des Urteiles nicht leisten. Dieses müßte das Reichsministerium der Finanzen heranziehen, während die Revision des Urteiles die Kosten der Revision bestünde. Im übrigen wiederholte die Firma die schon vor dem Arbeitsgericht ausgesprochenen Gründe.

Das Landesarbeitsgericht wies die Berufung aber zurück. Ein Verstoß liege nicht vor. Die

Arbeitsordnung kann nicht in Betracht kommen; denn diese will nur, daß unrichtige Berechnungen, nicht aber die Höhe des Lohnes in Frage gestellt wird. Der Antrag auf Zulassung der Revisionsschlichter wurde abgelehnt.

Interessant dabei ist, daß die Beklagte, um sich der Bezahlung nach dem Tarifvertrag zu entziehen, vor öffentlichen Unwahrheiten nicht zurückbleibt. Sie behauptet, ihr sei von einem Tarifvertrag und von der Allgemeinverbindlichkeit desselben nichts bekannt gewesen. Diese Behauptung stellt die Beklagte auf, obwohl sie ganz genau weiß, daß sie durch den örtlichen Arbeitgeberverband für Hildesheim und Umgebung beim Reichsarbeitsministerium Einspruch dagegen erhoben hat, daß die Allgemeinverbindlichkeit sich auch auf ihr Werk erstrecken soll. Das ist doch ein starkes Stück.

Dazu kommt aber, daß der Beklagten auch nicht unbekannt sein dürfte, daß in früheren Jahren ausstandslos nach dem allgemeinen Reichstarifvertrag für die feinkeramische Industrie entlohnt wurde. Der deutlichste Beweis dafür, daß der Firma das Bestehen des Tarifvertrages bekannt war, ist auch daraus ersichtlich, daß sie es immer verstanden hat, zu erfahren, wer sich der Organisation angeschlossen hat. Die organisierten Arbeiter wurden sofort aus dem Betriebe entfernt, weil man befürchtete, daß die Aufklärung durch die Organisation sie veranlassen würde, ihre tariflichen Rechte wahrzunehmen.

Warum die Beklagte vor solchen Behauptungen nicht zurückgeschreckt ist, ergibt sich aus ihren Anträgen vor dem Berufungsgericht. Sie ist sich klar darüber gewesen, daß das Verlieren der Klage für die übrigen Belegschaftsmitglieder Konsequenzen nach sich zieht. — Die noch im Werk beschäftigten Arbeiter aber müssen aus diesem Verhandlungsausgang unbedingt die Vorteile ziehen, welchen Verlust sie durch Sparen der Verbandsbeiträge erleiden. Weit mehr als der Beitrag zum Verband beträgt, haben sie durch die Entnahme untertariflicher Bezahlung eingekippt.

Porzellanarbeiter von Sampringe, lernt aus diesen Vorurteilen. Schließt auch dem Keramischen Bund im Arbeiterverband an. Dieser wird dafür Sorge tragen, daß auch die Porzellanfabrik Sampringe an ihre Arbeiter den Tariflohn zahlen und die anderen im Reichstarifvertrag für die feinkeramische Industrie im Interesse der Mitglieder niedrigeren Bedingungen erfüllen muß.

Konzentration mit nachteiliger Auswirkung.

Uns wird geschrieben:

Die moderne Elektrizitätsentwicklung ist im hohem Maße von der Erzeugung elektrotechnischer Hochspannungsporzellane abhängig, die Anforderungen an Qualität und Leistungsfähigkeit sind nahezu unbegrenzt. Es ist da durchaus zu verstehen, und kann auch im Interesse einer gesunden Wirtschaftspolitik liegen, wenn Betriebe zusammengeschlossen werden, die diesen notwendigen Rechnung tragen. Eine einheitliche Betriebsführung und der Austausch gegenseitiger Erfahrungen und Wahrnehmungen können zweifellos geeignet sein, höchste Vervollkommenung in der Produktion herbeizuführen. Auch ist sehr wohl einzusehen, daß mit der Ausnutzung technischer Einrichtungen, sowie mit einer einheitlichen Verkaufsorganisation usw. Einsparungen erzielt werden können.

Der Zusammenschluß der Steatit und Magnesia A.-G. mit der Porzellanfabrik Teltow G.m.b.H. zeigt jedoch in seinen Auswirkungen das Gegenteil dieser selbstverständlichen Voraussetzungen. Wenn anzunehmen war, daß die Konzentration eine größere Ausbeutung in der Produktion und eine ständige Beschäftigung mit sich bringen würde, so war das eine irrige Annahme. Im Betrieb Teltow, der vor dem Zusammenschluß 35 und in der Vorkriegszeit 60 Dreher beschäftigte, wurde der gesamte Dreherbeleg, mit Ausnahme von vier Kollegen, zum 8. November gekündigt. Dabei sehen schon 13 Dreher den Betrieb von draußen an.

Auch der Betrieb Polensbrunn (Bayern) hat 50 Proz. seiner Dreherbelegschaft entlassen. Diese Maßnahmen der Firmenleitung sind kein Ruhmesblatt für die dafür Verantwortlichen. Der kapitalistischen Wirtschaftsweise werden damit auch keine Freunde geschaffen. Wenn auch angenommen wird, daß die übrigen Kollegen nur vorübergehende Erscheinungen sind, denn auch der kapitalträchtigste Konzern ist nicht in der Lage, derartige Experimente auf längere Dauer auszuführen zu können, so wird doch immerhin der Beweis erbracht, daß von einer eigentlichen Hoilage unserer Industrie nicht die Rede sein kann. Unsere denkende Kollegenschaft ist auch nicht naiv genug, glauben zu können, daß sich hinter diesen Manipulationen keine anderen Absichten verbergen. Das ganze Sinnen und Streben unterer Industriellen wirkt sich als großer Lohnbruch aus. Das ist allerdings der bequemste Weg, Schwierigkeiten zu beseitigen, aber auch der verwerflichste.

Der große körperliche Kräfteverbrauch bei der Arbeit mit zentnerschweren Porzellanröhren, muß immer in Berücksichtigung gezogen werden, und kann auch mit Hilfe der besetzten Stoppuhr nicht festgestellt werden. Leider werden auch die gesetzlichen Bestimmungen über Stilllegung der Betriebe dazu benutzt, die Wirtschaft zu droffeln und die Arbeiterkraft in dauernder Aufregung zu erhalten. Wir Porzellaner legen keinen Wert darauf, Staatspensionen zu beziehen, wir wollen keine unerbittlichen Werte genießen, sondern arbeiten. Daß ein weitgehendes Mitspracherecht auch im Interesse einer gesunden Wirtschaftsweise liegt, scheint ebenfalls unbekannt geworden zu sein, jetzt gibt es nur noch willkürliche Bestimmungen nicht geeigneter Art, die Arbeitslose zu ergötzen. Die Wünsche in bezug auf Behandlung und Mangel an einheitlicher Einrichtungen liegen vor, aber es hat den Anschein als wären sie unberücksichtigt. Hoffentlich wird das anders. Die Arbeiterkraft der genannten Betriebe wünscht den Wirtschaftskrieg nicht um jeden Preis. Sie sucht nicht den Kampf, sie sucht ihn aber auch nicht.

Selb.

Die Zahlstelle Selb feierte am 12. Oktober in einfacher, schlichter Weise ihr 60jähriges Bestehen, verbunden mit Gründung des Jubilars. Der Saal der Zentralhalle trug wahren Festcharakter und konnte die zahlreich erschienenen Kollegen und Kolleginnen kaum fassen. Kollege Mager begrüßte die Erschienenen, besonders die Jubilare. Kreiste kurz die Gründung und Entwicklung der Zahlstelle. Kämpfe örtlicher und zentraler Natur wurden scharf kritisiert. Mager hob auch hervor, daß die Jubilare werden Rückschlüsse angelehrt war. Der musikalische Teil wurde von der Kapelle Reichel in vorzüglicher Weise ausgeführt. Die freundliche Mitwirkung des Volkshores verschönerte den Abend tschirnasia. Reichen, langanhaltenden Beifall zollten die aufmerksamen Zuhörer der wackeren Sänger. Der Vortrag der Kollegin Mager einbruchswohl und markant gezeichnete Prolog war der Würde des Abends voll angepaßt. Den größten Eindruck des Abends hinterließ die von dem Kollegen Karl-Dannover abgelesene Rede. Im

Ramen der Gau-, Branchen- sowie Bundesleitung des Keramischen Bundes und des Hauptvorstandes begrüßte er die zahlreichen Erschienenen. Er verstand es meisterhaft, die Entscheidung der Gewerkschaften, vom Zutrittsverbot bis zum Industriericht, zu schildern. Bei den Porzellanern ging der Entwicklungsgang von Maler- und Drehervereinigungen zum Berliner späteren Porzellanarbeiterverband. Am August 1926 erfolgte der Zusammenschluß zum Keramischen Bund im Arbeiterverband. Stark verwies auf das gegenwärtige Unterstützungswesen, besonders die Streik- und Maßregelungsunterstützung, sowie die Kubalidenunterstützung ab 1930. Der alte Vorkämpfer (Kubalare) gedachte er, indem er vor Augen führte, was es bedeutete, vor 30 und 40 Jahren organisiert zu sein, geht von einem Ort zum anderen, denn schon allein das Verbandsbuch genügt, um seine Arbeit zu bekommen. Tief ergreifend waren seine an die Frauen gerichteten Worte. Ihnen, den lieben Frauen, gebührt die Anerkennung und der Dank in erster Linie, denn die Frauen waren es, welche die durch die Überzeugung des Mannes und die Brutalität der Unternehmer über die Familie herein-gebrochene Not auf sich genommen haben. Vielen Augen entrollten bei diesen Worten Tränen. Mit einem Hoch auf den Verband schloß Kollege Karl seine mit großer Begeisterung aufgenommene Rede.

Anschließend überreichte Kollege Karl unter sinnbildlicher Darstellung den Jubilaren für ihre 25- bis 40jährige Verbandszugehörigkeit die vom Hauptvorstand gewidmete Ehrenurkunde. Allzu früh waren die ersten genutzten Stunden verstrichen, die bei jeder Kollegin und jedem Kollegen tiefsten Eindruck hinterließen und zum Aufstieg der Zahlstelle beitragen mögen. M.

Gutschenreuther A.-G. Selb.

Die Porzellanfabrik Porz. Gutschenreuther A.-G. in Selb erzielte im Rechnungsjahr 1928/29 einen Reingewinn von 813 115 RM gegen 790 813 RM im Vorjahr. 88 555 RM sollen vorgetragen werden, auch dieser Posten um 22 000 RM höher. Der Aufsichtsrat schlägt der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 9 Proz. auf die Stammaktien und von 6 Proz. auf die Vorzugsaktien vor.

Die Firma hat also in dem genannten Geschäftsjahr nicht ungünstig abgeschlossen. Die Belegschaften dieses Konzerns werden den Bericht nicht mit der Verdrückung zur Kenntnis nehmen, wie etwa die Aktionäre, denn ein Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen hatte besonders in der zweiten Geschäftsjahreshälfte unter Kurzarbeit zu leiden, die ja gegenwärtig noch anhält, die sogar zu Gerichten Anlaß gibt, als entwidete sich daraus eine Stilllegung des ältesten Betriebes in Selb. Ob das Bericht die wirklichen Mängel des Konzerns schon im voraus richtig wiedergibt, konnten wir nicht in Erfahrung bringen.

Aus einigen Worten des Gutschenreuther-Konzerns kamen in den letzten Monaten Klagen, die erkennen lassen, daß nicht alles so in der Behandlung von Arbeitern in Ordnung ist, wie man es wünscht. Der Gemeinwohlweis ist jetzt demgegenüber, daß so manche bestehende Unannehmlichkeit, wie z. B. die Verlängerung der Bezahlzeit bei einigen Malerlehrlingen und deren mindere Bezahlung ohne langes Sträuben gepöblt werden könnte. Wir hoffen, daß solche Klagen nicht mehr öffentlich berührt werden brauchen. Es hat den Anschein, als zwingt eine unsichtbare Macht die Werke zu schärferen Maßnahmen, auch die Arbeiter und Angestellten. In Qualitätsfragen führen derartige Methoden zu industrieller Schädigung. Die unsichtbare Macht sei deshalb gewarnt, auch ihr sind Grenzen gesetzt.

Neustadt b. Coburg.

Wie bereits schon mitgeteilt wurde, ist der Betrieb MDV. Neustadt bei Coburg (Max Oskar Arnold) nunmehr an die Firma Porzellanfabrik Ph. Rosenthal A.-G. Berlin-Selb übergegangen. Man spricht von einem Verkaufspreis von 105 000 RM. Wer das Wert kennt, der weiß, daß für diese Summe der Betrieb halb gekauft ist. Wann das Wert jedoch seine Pforten wieder öffnen kann oder wird, ist noch nicht festgestellt. Man rechnet aber bestimmt damit, daß in den nächsten Wochen die Arbeit wieder aufgenommen wird und, daß dadurch einem großen Teil von erwerbslosen Kollegen und Kolleginnen die Möglichkeit gegeben wird, wieder in den Produktionsprozess einzutreten zu können.

Ob an den Türmen, die hoch über das Werk hinausragen, das MDV. Zeichen (der Volkswind) möchte darauf: „Meine Döhen arbeiten!“ nunmehr verschwinden? Wer bei Arnold die Geschäftsführung beabsichtigt, der mußte erkennen, wie leichsinnig und verschwendisch gearbeitet wurde. Wenn schon der außerordentlich ausgebeutete Beamtenapparat, mußte einem jeden mit den Verhältnissen nur einigermaßen vertrauten Menschen die Frage aufdrängen: wie lange noch? Für ungefähr 250 Arbeiter waren mindestens 35 bis 40 Angestellte vorhanden. Daß unter solchen Umständen eine Rentabilität des Betriebes nicht eintreten konnte, lag klar auf der Hand. Deshalb wird es im Allgemeinen begrüßt, daß die Fabrik zu einer Firma kommt, die in der Porzellanindustrie einen guten Namen hat. Hoffentlich wird die Arbeiterschaft nicht enttäuscht.

Preismachen in alter Zeit.

In der Malerei einer großen Porzellanfabrik in Altroßlau wurde vor langer Zeit ein Dektar gemacht, der eine Landchaft darstellte, in welcher ein Dektar seine Herde austreibt. Das Muster wurde viel bestellt und dem Maler für das Stück 8 Kreuzer gezahlt. Der Maler, der diese Bilder malte, war ein flottes Arbeiter und verdiente sich dabei einen Lohn, der über das Normale hinausging.

Das nun in solchen Fällen früher war und noch heute so ist, wird dies bald abgestellt und eines Tages wurde dem Maler von der Fabrikleitung eröffnet, daß er von nun an nur 7 Kreuzer für das Stück bekommt.

Bei der nächsten Auktion war auf dem Dektar kein Dektar. Der Direktor kommt mit einem Stück in der Hand zu dem Maler. „Das geht doch nicht, hier fehlt der Dektar auf dem Dektar!“

Der Maler erklärt seelenruhig: „Der Dektar sagte mir, um 7 Kreuzer treibt er nicht aus, das lohnt sich nicht! Sollen die Dektare allein gehen!“

Die Angelegenheit wurde wieder geregelt. Damit der Dektar wieder seine Herde austreiben kann, wurde der eine Kreuzer wieder aufgeschafft. (Aus „Der Keramarbeiter“.)

Steinplastiken kann man auch aus Holz, Eisenblech oder Bronze herstellen, als Beispiel ist Porzellan unerlässlich. Wer möchte wohl von irgendeiner Holzener Schüssel essen, selbst Zinn und Silber wirken als Träger von Speisen schwer und unfreundlich. Erst das Tafelgeschirr aus edlem Porzellan hat die Maßlosigkeit der Sphäre großartiger Befriedigung eines Bedürfnisses auf die Kulturstufe gehoben, die dem geistig hochstehenden Menschen angemessen ist. (Aus einem Rosenthal-Katalog.)



Christliche Agitationsmethoden.

In Nr. 21 vom „Gut Brand“ vom 12. Oktober befindet sich ein Artikel unter der Überschrift „Saison- und Wanderarbeiter zahlen die Beche“. Wir würden uns nicht mit diesem Artikel befassen, wenn darin nicht einige Sätze enthalten wären, die ein bezeichnendes Licht auf die Agitationsmethoden des Gewerkschaftsvereins deutscher Ziegler werfen. Es heißt da an der einen Stelle, bei der Schlussabstimmung über das ganze Gesetz habe ihr Verbandsvorsitzender Tremmel gegen das Gesetz gestimmt. Und an einer anderen Stelle: Es hätte aber unbedingt noch mehr in der Abwehr geschehen können, wenn alle Arbeitnehmer eine geschlossene Front zur Abwehr der Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung gebildet hätten.

Als wir diesen verstellten Angriff lasen, haben wir uns gefragt, ob der Schreiber des Artikels die Ziegler so dumme einfaßt, daß sie nicht merken, wie der Zieglerverein hier wieder mit einer besonderen Agitationsmethode aufwartet, die ihresgleichen sucht. Die Zieglerzeitung weiß ganz genau, daß es nur dem energischen Eintreten der Sozialdemokratie und dem jählichen Vorgehen der freien Gewerkschaften zu verdanken ist, daß die Verschlechterungsanträge der bürgerlichen Parteien, darunter auch der Verschlechterungsantrag der Zentrumsfraktion, den wir in der letzten Nummer veröffentlicht haben, abgewehrt wurden. Demgegenüber verschlägt es auch nicht, wenn der Reichstagsabgeordnete Tremmel in der Schlussabstimmung gegen das Gesetz gestimmt hat. Als bei der Schlussabstimmung feststand, daß sich eine Mehrheit für die Abänderungen, die in der ersten und zweiten Lesung des Gesetzes unter abwechselnder Stimmenmehrheit zustande gekommen waren, gefunden hätte, konnte Tremmel sich diesen Extratanz leisten. Es ist wirklich kein Kunststück, in der ersten und zweiten Lesung für die Abänderungen und in der Schlussabstimmung gegen das ganze Gesetz zu stimmen, nur aus dem einen Grunde, um ein billiges Agitationsmittel zu haben.

Nach Erscheinen des Artikels in „Gut Brand“ haben wir Veranlassung genommen, die oben zitierten Stellen unserem Verbandsvorsitzenden Drey zu unterbreiten. Daraus erhielten wir als Antwort einen

Brief des Kollegen Drey

unterm 10. Oktober, aus dem wir folgendes wiedergeben: „Wir behaupten und können es beweisen, daß die Abwehr gegen die Verschlechterungen von uns ausgegangen ist und daß die Zentrumsfraktion, bis auf 19, darunter auch Tremmel, mit unserer Fraktion gestimmt haben, also 19 mit Nein, wo Zentrumsfraktion und wir mit „Ja“ stimmten.“

Dieser Gegenstand in der Abstimmung entsprang aber nicht in ähnlichen Gründen, sondern hat als Unterlage den Wunsch, in der Agitation ein Gegenüber einen Vorsprung zu haben. Es ist das die Abstimmung über § 1 des Entwurfs eines Gesetzes über befristete Abänderungen in der Erwerbslosenfürsorge. Er wurde mit 210 Ja gegen 204 Neininitiativen abgelehnt. Die Mehrheit von vornherein zu übernehmen, war kein Kunststück. Wenn anders die Mehrheit gefährdet gewesen wäre, dann hätten Tremmel und die übrigen Reizkinder mit „Ja“ gestimmt.

Es handelt sich um die herkömmliche Erwerbslosenfürsorge. Sie ist von der Bedürftigkeitsprüfung befreit, also verbessert worden. Die bisherige Regelung hatte in einzelnen Orten dahin geführt, daß Armen zur Auszahlung kamen, weil man das Einkommen anderer Familienmitglieder in Anrechnung stellte. Das Zentrum hat mit zu denen gehört, die am ehesten und stärksten gegen die wandernden Lohnempfänger sowohl am Schluß des Jahres als auch in diesem Jahre scharf gemacht haben. Ich erinnere an die Interpellation Dr. W. vom 11. Februar 1929 von Behar, Guérard, Dr. Scholz, Leicht, Drey, die folgenden Inhalt hatte:

„Die Durchführung des neuen Gesetzes über Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat auf dem platten Lande Folgen gezeigt, die den ländlichen Arbeitsmarkt höchst ungünstig beeinflussen. Arbeitskräfte, die früher in der Landwirtschaft, vor allem in der Forstwirtschaft, den Winter über gearbeitet haben, entziehen sich jetzt auf Grund des Anfalles der Bedürftigkeitsprüfung und wegen der höheren Versicherungsleistungen perarbiten. Außerdem birgt der jetzige Zustand die Gefahr in sich, daß auch die bodenständigen Arbeitskräfte der Arbeit aus dem Wege gehen, um durch Übernahme verhältnismäßig hoch entlohnter Saisonarbeit in eine möglichst hohe Unterstufungsstufe zu kommen und dann möglichst großen Vorteil von der Arbeitslosenversicherung zu ziehen.“

Sind diese Mißstände und Gefahren der Reichsregierung bekannt? Welche Maßnahmen gedenkt sie im Einvernehmen mit der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu treffen, um die den Arbeitswillen lähmenden Mißstände zu beseitigen und um die Arbeitsbeschaffung, als wichtigste Maßnahme in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wieder in den Vordergrund zu rücken?“

Aus dieser Zeit stammt ein Vorschlag des Zentrums, mit dem ein § 108 A in die damalige Regierungsvorlage eingebaut werden sollte.

Dieser Zentrumsantrag wollte die Unterstufungsstufe von Klasse 5 aufwärts um die Hälfte herabsenken. In Städten mit mehr als 100000 Einwohnern sollte die Hälfte der Sätze der Klasse 7 aufwärts gewährt werden. Das ist durch uns verhindert worden!

Und Tremmel stimmte damals mit uns für jene Regelung, die bis 30. September in Geltung waren. Eine Erhöhung des Beitrages hat das Zentrum mit uns vertreten. Dann brauchte auch eine befristete Regelung nicht getroffen werden. Das Zentrum gab die Beitragserhöhung preis, als es für sicher ein sah, daß die Volkspartei nicht mitmacht. Da gab es den Grundlag der Beitragserhöhung auf, den es so lange als sachlich notwendig verteidigt hatte. Diese Preisgabe hatte keine sachliche Unterlage, sondern geschah aus der Erwägung, daß dem Zentrum agitatorische Schwierigkeiten entstehen würden, wenn es eine Beitragserhöhung mit beschloß, die die Volkspartei ablehnte.

Der Antrag Kieser-Tensch (Zentrumsfraktion) hat den Grundlag der Unterstufungsregelung nach Beitragserhöhung zuerst in die Debatte geworfen. Der Antrag wurde ein Muster für die Volkspartei in der Kommission, und Ausschüßberatung und auch im Plenum formulierte die Volkspartei nach dem Antrag Tensch. Der Antrag Kieser-Tensch bezweckte, für diejenigen Versicherungsleistungen, die nur eine Anwartschaft von 26 bis 33 bzw. 39 bis 52 Wochen haben, die Unterstufung wesentlich zu kürzen!

Dieser Antrag fand auch seinen Weg in die Sondervorlage der Regierung, allerdings in anderer Form. Erwerbslose der Lohnklasse 7 bis 11 unter 45 Jahren und ohne zuschlagsberechtigte Angehörige, sollen die Sätze der Pensionsfürsorge erhalten, soweit sie nicht mehr als 52 Wochen Anwartschaft hatten.

Daneben forderte die Sondervorlage Einführung einer besonders verlängerten Wartezeit für Saisonarbeiter der Lohnklassen 7 bis 11:

- a) auf 5 Wochen, wenn sie keine zuschlagsberechtigte Angehörige haben;
- b) auf 3 Wochen wenn sie einen, zwei oder drei zuschlagsberechtigte Angehörige haben.

Erhöhung des allgemeinen Beitrages von 3 auf 3 1/2 Prozent. Erhöhung der Beiträge für Saisonarbeiter auf 4 1/2 Prozent. Für eine allgemeine Erhöhung der Beiträge waren wir. Eine Sonderbestimmung für Saisonarbeiter lehnten wir ab. Von den angebotenen

Verschlechterungen sind abgelehnt:

Die Verlängerung der Wartezeit für alle Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigte Angehörige auf zwei Wochen. Die volle Anrechnung der Sozialrente auf die Arbeitslosenunterstützung. Es ist eine Freigrenze von 30 Reichsmark bestimmt. Die Versorgungsgebühren der Kriegsbeschädigten sind anrechnungsfrei geblieben. Die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung, soweit sie bestand, ist beseitigt. Die Kürzung der Arbeitslosenunterstützungssätze durch eine längere Wartezeit.

Das alles ist durch unsere Initiative abgelehnt worden. Wahrheitsgemäß sage ich, auch mit Hilfe des Zentrums. Der gegen uns erhobene Vorwurf, wir hätten es an der nötigen Unterstützung fehlen lassen, ist wahrheitswidrig. Wir standen im Vordergrund beim Kampf gegen den Abbau der Erwerbslosenunterstützung. Diese Abwehrstellung war von Erfolg begleitet.

Soweit das Schreiben des Kollegen Drey. Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Hoffentlich werden die Christen einsehen, daß sie mit derartigen billigen Agitationsmethoden bei der Zieglerzeitung keine Vorbeeren ernten können.

Ziegeleien am Teltowkanal.

Der Herbst am Kanal trägt ein ernstes Gemwand. Was leuchtet, zerbricht und erlischt. Als Nebeneinanderwind mit dem wehenden Sand Das Meinen des Sterbenden mischt. Dann sieht die Räume im stillen Tal Und die Röhre und Gänge nicht: Du siehst wie Geknister aus blauen Kanal Die Essen im ängstlichen Licht.

Die steigen jäh aus der Erde auf. Die das juckende Eisen durchwühlt. Wenn ein heißer Tag im gequälten Lauf Keine Sätze der Seltsamen läßt. Sie bleiben wie Riesen der Anechtlichkeit stehen Im kalten Nebeneinanderwind. Wenn die Menschen nach schauernden Wolken sehen Und so arm wie die Tiere sind.

Ein Tag im Sommer ist pressende Mut Der Sand, die den Ziegel preßt. Ein heißer Tag will beherzten Mut Und kein Abend ist trübseliges Fest. Die Sand muß fliegen, die Erde steht In allföhrenen Mälen still. Wenn nicht die Sand wie im Sturmwind geht. Der fragt, ob er hungern will.

Ein Tag im Sommer ist enges Gemwand Der Not, die in Tiefen schürt. Im brennenden Atem geht durstiger Brand. Wenn das Leben Erstickten schlürft. Und wenn eine Hand den verfallenden Ton In die Hände der Eisenben gibt. Ist die Armut Sehnen, das färgliche Bohu Wie die Fremde der Allföhren sieht.

Die Loren rasseln, das Herz bleibt stumm Im Weh, das durch Wirbel fährt. Der heiße Tag schwirrt im Kreis herum Und die peitschende Sorge eruhrt. Die Hände im Sommer sind hart und heiß Und stürmen in ängstlicher Wacht. Und im frierenden, lähmenden Winter weih Das Herz von der Winternacht.

Der glühende Stein muß in irgendeer Saft In den wankenden Mälen im Fluß. Und immer schleppen die Hände Last, Die in Seelen verweisen muß. Die Frucht zieht langsam den Herbst hinaus. Wer weih, was im Sommer geschieht? Die Sorgen erstarren im frierenden Saft Und wer fragt, ob die Menschen vergehn? Franz Rothensfelder.

Zieglerblick auf das Jahr 1929.

Da die meisten Ziegeleibesitzer ihre Tore geschlossen haben, ist es an der Zeit, einen Rückblick zu tun, um hieraus unsere Lehre zu ziehen. Infolge des strengen Winters kamen die Betriebe sehr spät in Gang. Mander unserer Zieglerkollegen sah mit Recht sehr trübe in die Zukunft, seine Gedanken drehten sich darum, ob es ihm überhaupt möglich sein würde, Arbeit zu bekommen. Leider ist es nicht allen Kollegen möglich gewesen, Stellung zu erhalten. Infolge der großen Arbeitslosigkeit versuchten die Unternehmer auf der ganzen Linie einen Lohnabbau und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Dank der Kollegen, die dieses seit Jahren erkannt und sich dem Keramischen Bund angeschlossen hatten, konnte die Zieglerzeitung den Kampf mit den Unternehmern mit Ruhe entgegensehen. Es ist uns mit unserer Organisation nicht nur gelungen, die Angriffe abzuwehren, sondern es gelang auch noch, 4 bis 5 Pct. Lohnerhöhung zu bekommen. Welche Erfolge könnten erst erzielt werden, wenn mal der letzte Ziegler den Wert der Organisation erkannt hätte.

In einigen Bezirken gelang es, durch den Schlichtungsausschuß zu einem Tarifverhältnis zu kommen, in Westfalen mußte zu dem letzten Mittel gegriffen werden. Wenn der Streik auch nur vier Tage dauerte, so war doch ein Erfolg damit verbunden. Die Unternehmer mußten Zugeständnisse machen. Wenn diese nicht voll befriedigen konnten, so tragen auch hier die Unorganisierten die Schuld, weil sie der Demagogie sind. Aber auch die Unternehmer werden erkannt haben, daß wir nicht mehr die Ziegler von früher sind, sondern daß wir uns auch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen. Auch die anderen Kollegen aus den anderen Bezirken sollten eine Lehre hieraus ziehen, denn über kurz oder lang wird auch an sie der Ruf ergehen, für ihre Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Ich möchte noch den Bremer Bezirk erwähnen. Auch dort sollten sich die Kollegen etwas mehr um ihre Organisation kümmern, denn dort muß der Rahmenvertrag unbedingt geändert werden. Die Arbeitgeber lassen sich dort von einem Kollegen 50 Pct. pro Woche an Wohnungsgeld zahlen. In Durchschnitt sind 30 Kollegen in einer Ziegelei beschäftigt. 20 Wochen bedeuten 600 RM Miete für die Wohnung. Wenn man annehmbare Nebeneinnahme für den Unternehmer, so den Kollegen fehlt. Ferner muß der Koch oder die Köchin von den Kollegen selber bezahlt werden. Das ist gegen alle Moral. Wir müssen, trotz dieses alte Zieglerrecht vom freien Koch nicht zulassen, welches unsere Väter schon gehabt haben! Tretet endlich dem keramischen Bund bei und erkämpft euch, was noch nötig ist!

Auch einen großen Kampf in der Sozialversicherung haben wir überleben müssen. Die bürgerlichen Parteien und deren Presse haben den ganzen Sommer hindurch einen erbitterten Kampf um die Verschlechterung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes geführt. Wir alle erinnern uns, daß man verlangte: 52 Wochen Beschäftigung, Herabnahme von Saisonarbeitern aus dem Gesetz, Einführung der Bedürftigkeit usw. Wenn dies alles nicht Gesetz geworden ist, so danken wir es der Organisation, die Hand in Hand mit der Sozialdemokratischen Partei für die Arbeiter gekämpft haben. Leider mußten wir einige Verschlechterungen hinnehmen. Das war nicht zu umgehen, aber jeder Saisonarbeiter hat nun einen Rechtsanspruch auf Unterstützung. Trotz dieses erfolgreichen Abwehrkampfes schreibt ein christlicher Angestellter im „Gut Brand“, daß die freien Gewerkschaften und der Arbeitsminister Wissell die Schuld an den Verschlechterungen tragen. Aber der Christ mag sich beruhigen, die Ziegler kennen seine Methode. Die Ziegler haben die Verschlechterungsanträge der Zentrumsfraktion geleitet.

Aber Herr Friedebold, Sage, ist doch Mitglied der Demokratischen Partei; als solches ließ er sich im vorigen Winter zum Lippschen Bundtag aufstellen. Vielleicht deckt er die Verschlechterungsanträge der Partei und glaubt, daß seine Kollegen nur „Gut Brand“ lesen. Die Ziegler werden schon die richtige Schlussfolgerung ziehen. Somit ist das Jahr 1929 für uns Ziegler ein Kampfsjahr gewesen. Ziehen wir nun die richtige Schlussfolgerung, werden wir für unsere Organisation. Denn im Winter ist die beste Gelegenheit, jeden einzelnen aufzuklären, damit im Frühjahr keiner die Heimat verläßt, ohne sein Mitgliedsbuch vom Keramischen Bund in der Tasche zu haben. Dann brauchen wir die Zukunft nicht zu fürchten. Es gilt, für uns und unsere Familien zu streiten.

Wie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht! Wiltb. Schröder, Elbringen 145.

Benzelrath, Sandwäscherei.

Nach längeren Bemühungen der Verbandleitung ist es gelungen, zwischen der Firma Großpeter, Lindemann & Co., Zwickau, und dem Verbandsrat der Arbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, folgenden Lohnvertrag abzuschließen:

Arbeiter über 20 Jahre pro Stunde	0,87 RM
Handwerker pro Stunde	0,97-1,07
Locomotivführer pro Stunde	0,95-0,99
Baggerpersonal pro Stunde	0,92-1,02
Nachwächter pro Nachtwache	8,25
für Sonntagswache in der Grube	8,75

Für die Akkordarbeiter werden folgende Vereinbarungen getroffen:

Akkordarbeiter, Grube, je Wagen	0,54 RM
Bunker, je Wagen	0,26
Verladestelle, für je 20 Tonnen	3,60

Dieser Lohnvertrag tritt am 14. Oktober 1929 in Kraft, hat Gültigkeit bis 30. April 1930, und kann von hier ab mit vierzehntägiger Frist am Schluß der Lohnwoche gekündigt werden.

Die von der Verlagschaft aufgestellten Forderungen sind nicht durchgesetzt worden, aber jedenfalls ist mit diesem Abkommen ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen getan worden. Die Verlagschaft selbst ist aber schuld, daß nicht mehr erreicht werden ist. Wenn alle dort beschäftigten Arbeiter fest zusammenstehen würden, wäre es viel leichter möglich gewesen, den Forderungen der Arbeiterschaft mehr Nachdruck zu verleihen. Hoffentlich sieht das die Arbeiterschaft leicht ein. Alle Organisierten mögen dafür sorgen, daß bis zum Frühjahr 1930 kein Unorganisierte mehr Ruhegeber der Organisation ist.

Silikatsteine aus Brennschieferasche.

Die „Industrie- und Handelszeitung“ bringt folgende Nachricht:

Die estländische Presse wußte Ende September zu melden, daß die Versuche mit der Nutzung von Brennschieferasche zu aufsehenerregenden Erfolgen geführt hätten. Wie inzwischen weiter bekannt geworden ist, handelt es sich um die Herstellung von Silikatsteinen aus der Asche, die im nordestländischen Brennschiefer zu etwa 40 Prozent enthalten ist, und nach der Verbrennung des Steines nachbleibt. Dänische, baltische Ingenieure und reichsdeutsche Wissenschaftler haben jahrelang an der Erfindung und Verwirklichung des aus Schiefer gewonnenen Silikatsteines gearbeitet. Erprobt worden ist dieser inwischen in Dresden und Berlin mit dem Ergebnis, daß die Druckfestigkeit des Silikatsteines einstufigen auf 175 kg/cm² gebracht werden soll, bei einem Gewicht um 5 bis 10 Prozent unter dem des Ziegelsteines und bei einem hohen Grad von Wetterbeständigkeit neben geringer Wärmeleitfähigkeit, der gegenüber der Ziegelfeuchtigkeit um die Hälfte nachsteht.

Die Initiative zu dieser ansehnlichen, nicht nur den neuen estländischen Produktion, die nach Meinung von Spezialfachleuten eine fundamentale Umwälzung im keramischen Bauwesen erwarten läßt, ist der Wallischen Bauingenieur Spinnere in Riga zu verdanken, die um eine nachdrückliche Verwendung der großen Mengen, die nach der Verbrennung des als Heizstoff benutzten Schiefers anfallen, verzogen war. Ansehend ist die Lösung dieses Problems fast allgemein geworden, denn der Silikatstein soll um 30 Prozent billiger als der Ziegelstein auf den Markt gebracht werden können, so daß die Erstellung eines Hauses aus diesem Stein in Estland den Baukosten eines Holzgebäudes nachkommen würde. Auf die estländische Erfindung ist man auch im benachbarten Lettland Gebiet (das vormalige Ingermanland) aufmerksam geworden. Hier sollen nach räumlicher Angabe die Verhältnisse noch reicher sein als hier von der Riga im Nordostland. Die „Economicheleia Schil“ vom 9. Oktober weiß zu melden, daß die Versuchsaussagen von Silikatstein in der Zementindustrie auf 7 Kubel je 1000 Stück bekannt wurden. Es sei unbedingt angebracht, nun auch im Baltischen die Zieglerzeitung auszusprechen, d. h. zu diesem Zweck zunächst überbaum an eine umfangreiche Nutzung der Brennschieferasche zu streben.

25 Jahre Verbandsangestellter.

Wir befinden uns in der Zeit der Angestellten-Jubiläen. Vor 25 Jahren erlebten die Gewerkschaften einen mächtigen Antriebsimpuls aus wirtschaftlichen und politischen Ursachen. Die Auswirkung dieser Ursachen erforderte die Anstellung hauptberuflich tätiger Verbandsfunktionäre. Die bis dahin im Nebenamt gestellte Verbandsarbeit erforderte an den verschiedensten Stellen eine ganze Kraft. So hat auch unter Verbands- und Zeitverhältnissen Rechnung getragen und an ergonomische Stellen Kollegen berufen, die durch ihre leistungsfähige ehrenamtliche Verbandsarbeit bereits den Beweis ihrer Fähigkeit, Brauchbarkeit und Zuverlässigkeit erbracht hatten. Heute wollen wir dreier solcher Kollegen gedenken, die seit einem Vierteljahrhundert als Angestellte im Verbandsdienst und sich um die Arbeiterenschaft, und insbesondere um unsere Mitgliedschaft verdient gemacht haben. Es sind dies die Kollegen Emil Bennenwik (Berlin), Ernst Grohmann (Dannover) und Robert Wiesenhütter (Stettin). Alle drei wurden am 15. November 1904 als bezoldete Funktionäre angestellt.

Emil Bennenwik ist geboren am 9. Dezember 1874 in Berlin als Kind einer Arbeiterfamilie. Er besuchte die Volksschule von 1880 bis 1886, und wurde dann vom weiteren Schulbesuch entbunden, damit er zum Lebensunterhalt seiner Eltern und seiner lieben Geschwister beitragen konnte. Er war Laufbursche und später Hilfsarbeiter in verschiedenen Industrien, besonders in Steinbrucharbeiten. Im Jahre 1894 trat er dem Verbands der Lithographen und Steinbrucker bei. Seit 1896 betätigte er sich als Funktionär bzw. Betriebsvertrauensmann, und war von 1897 bis 1899 Vorsitzender der Ortsverwaltung Berlin.



Meinungsdifferenzen über geklernte und ungeklernte Arbeiter innerhalb des Verbandes führten ihn am 15. Mai 1899 zum Verband der Fabrikarbeiter. An diesem Tage wurde nach einer Versammlung der ungeklernten Arbeiter in Kirdorf die Zahlstelle Kirdorf (Kienkolln) gegründet, der er sofort als Mitglied beitrug. Im Jahre 1899 erfolgte seine Wahl als Kassierer. Vom Januar 1900 bis zur Verschmelzung mit der Zahlstelle Groß-Berlin im Juni 1905 war er 1. Bevollmächtigter der Zahlstelle Kirdorf. Im Oktober 1902 erfolgte seine Wahl als unbesoldeter Kassierer. Im Mai 1904 wurde er infolge seiner Tätigkeit als unbesoldeter Kassierer von der Steinbrucker S. Vager, Berlin, gemahregelt. Anlaß der Entlassung war ein Streit der gesamten Sand- und Kieswerke sowie der Kalkhandelsfabrik in Niederlehne h. Königswinterhausen. Beteiligt an diesem Streit waren zirka 400 Kollegen. Der Streit endete, trotzdem die Polizei und Gendarmerie in bekannter Weise tätig waren, mit einem teilweisen Erfolg für die Arbeiterchaft. Der Maßregelung folgte eine Arbeitslosigkeit von 25 Wochen. Als infolge des Beschlusses unseres Verbandstages von 1904 allgemein die Anstellung von Kassierern erfolgte, fiel die Wahl für den Gau Brandenburg-Posen auf den Kollegen Bennenwik. Unser Jubilär ist auch seit 1894 in der SPD organisiert und war auch hier in den verschiedensten Ehrenämtern tätig. Bennenwik mußte infolge seines Gesundheitszustandes einmal längere Zeit ausspannen, und wir wünschen ihm, daß er noch lange bei guter Gesundheit an seinem Plage wirken möge.

Ernst Grohmann ist geboren am 28. September 1878 in Gröna im Kreise Jüterbog. Sein Vater war Meister in einer Ziegelei, verstarb aber bereits, als der Junge 9 Jahre alt war.



Es daß der kleine Ernst nicht allen viele Freunde in seinen Kinderjahren erwarb. Er besuchte die Volksschule in Kloster Zinna in der Zeit und erlernte nach Beendigung der Schulzeit die Webererei. Schon immer hatte der junge, lebhaftige Ernst Grohmann den Wunsch, von der Welt etwas mehr zu sehen als Gröna. Im Alter von 19 Jahren litt es ihn nicht mehr zu sitzen, und entschloß sich ein viel irdisches Glück zu ergreifen.

Jahre 1892 mit tausend Zukunftspfeilen in die Fremde, d. h. auf die Waise, um alle Freuden und Leiden eines Handwerksburschen kennenzulernen. Ein unbesiegbarer Optimismus und ein gesunder Humor halfen ihm jedoch über so mancher Schwierigkeit hinweg.

Sehr bald hat der junge Weber die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation erkannt, und dieser Erkenntnis folgend wurde er am 1. September 1894 Mitglied des Textilarbeiterverbandes. Infolge Berufswechsels — Ernst wurde Angelernter — kam er am 26. Februar 1898 in Silberstein zum Fabrikarbeiterverband. Die Silbersteiner Mitgliedschaft hat noch im gleichen Jahre den rührigen, schlagfertigen Kollegen zu ihrem Bevollmächtigten gewählt. Bei der Wahl eines Gauleiters für den Gau I mit dem Sitz in Hannover wurde Ernst Grohmann diese Stelle übertragen, und so trat er am 15. November 1904 sein neues Amt an. Später wurde der Gau gebildet und Grohmann ging in gleicher Eigenschaft nach Magdeburg. Auch in die große Mühle des Weltkrieges wurde der Kollege Grohmann geworfen. Als nach der Revolution im Hauptbüro die Stelle eines Sekretärs für Lohnbewegungen und Tarifwesen neu besetzt werden mußte, wurde Ernst Grohmann dazu berufen.

In der Sozialdemokratischen Partei ist der Jubilär seit dem 1. Januar 1895 Mitglied. In der Zeit von 1899 bis 1903 gehörte er dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in Silberstein an, und von 1906—1910 war er Kandidat für den Reichstagswahlkreis Salzweil-Gardelegen, ein Beweis für die politische Aktivität des Kollegen Grohmann.

Robert Wiesenhütter ist am 13. Juni 1878 in Ottenjen geboren und hat dort die Volksschule besucht. Aus der Schule entlassen, kam er in die Lehre, um Maschinenbauer zu werden. Durch den Tod des Vaters mußte er die Lehrstelle verlassen, um Arbeit mit wenig Verdienst anzunehmen. Er hat in den verschiedensten Berufen gearbeitet. Am 27. Mai 1894 trat er unserem Verbands bei und wurde alsbald Beitragskassierer und Mitglied der Ortsverwaltung der Zahlstelle Altona-Ottensen. Auch als Wiesenhütter nach Barmbeck übersiedelte, war er weiter intensiv für den Verband tätig und hatte die verschiedensten Vertrauensposten inne.

Hilfskassiererkonferenz in der Zahlstelle Chemnitz.

Am 13. Oktober 1929 hielt die Zahlstelle Chemnitz eine Konferenz der ehrenamtlich tätigen Hilfskassierer und Bezirksleiter im Genossenschaftsheim der Allg. Baugenossenschaft Chemnitz-Gablenz ab. Die Konferenz war von 86 Hilfskassierern besucht, ein Beweis dafür, daß die Konferenz eine zwingende Notwendigkeit war, denn fast alle Hilfskassierer hatten der Einladung Folge geleistet.

Der Kollege Eger behandelte unter Punkt 1 der Tagesordnung das Thema: „Meine praktischen Erfahrungen über die organisatorische und agitatorische Tätigkeit der ehrenamtlich tätigen Hilfskassierer.“

Einleitend kennzeichnete er die Stellung des Hilfskassierers im Rahmen des Funktionärkörpers des Gesamtverbandes, wies darauf hin, daß die Arbeit an und für sich nicht gerade angenehm und mit vielen Schwierigkeiten und unliebsamen Vor- kommen verbunden sei, aber es sei nun einmal nicht anders, die Organisation wäre aufgebaut auf die individuelle und ideale Betätigung der als Funktionäre tätigen in den Betrieben stehenden Kollegen und die Hilfskassierer wären ja ganz der wichtigsten Glieder im Funktionärkörper überhaupt. Die Tätigkeit des Hilfskassierers liege in aller erster Linie Ehrlichkeit, Verantwortungsfähigkeit und Geduld, mit Menschen umzugehen, voraus. Die Ehrlichkeit muß bei der Beurteilung der Tätigkeit des Hilfskassierers an die Spitze gestellt werden, und es sei er- freulicherweise mitzuteilen, daß man in den letzten Jahren mit der Arbeit der Hilfskassierer zufrieden sein konnte, daß sich alle bemüht haben, ehrlich und gewissenhaft ihre Funktion zu erledigen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen behandelte Redner dann die Funktionen des Hilfskassierers im einzelnen, wies darauf hin, daß regelmäßiges Kassieren unter allen Umständen eins der Haupterfordernisse in der Zahlstelle sei, machte die Hilfskassierer darauf aufmerksam, daß die Beitragsmarken ordentlich von den Hilfskassierern behandelt, in den Hilfskassiererbüchern aufbewahrt werden sollen. Auch die Aufbewahrung des Geldes, die Behandlung desselben, sei nicht immer so, wie das notwendig wäre. Sehr viel Wert müsse noch beim Kassieren darauf gelegt werden, daß die Mitglieder ihren ordentlichen Beitrag nach dem Verbandsstatut entrichten. Regelmäßige Abrechnungen alle 14 Tage mit dem Bezirksleiter seien erforderlich. Auch hier habe man in den letzten Jahren noch recht oft Gelegenheit zu Beschwerden gehabt. Alle verfügbaren Geldmittel müssen der Zahlstelle bzw. dem Bezirksleiter sofort übergeben werden, damit sie an die Hauptkassierer, die sie ja dringend benötigen, weiter geleitet werden können. Die von der Zahlstelle herausgegebenen Rundschreiben müssen mehr wie bisher beachtet werden. Pflicht der Hilfskassierer sei es, sich insbesondere mit dem Inhalt des Statuts vertraut zu machen, um beim Kassieren nicht nur die Beiträge zu kassieren, sondern auch den Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite stehen zu können, so weit das möglich ist, Auskünfte zu erteilen.

Die Kassarten seien vielfach in einem Zustand, der alles andere als ordentlich wäre. Es müßte also auch in Zukunft mehr Wert auf die ordentliche Behandlung der Kassarten, damit eine richtige Kontrolle der Mitgliederzahlen möglich ist, verwandt werden.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ging er dann auf die Statuten ein, behandelte die für die Hilfskassierer insbesondere wichtigen Paragraphen. Die Verrechnungs- weise der Inwaidenunterstützung ab 1. Januar 1930 wurde eingehend artenauzeichnet.

Zum Schluß brachte der Referent zum Ausdruck, daß, nachdem die letzten Jahre gut miteinander gearbeitet wurde, dies auch in Zukunft geschehen müsse.

An der anschließenden Debatte beteiligten sich sehr viele, als Helfer tätige Kollegen. Von allen Rednern wurde das, was vom Referenten gesagt wurde, unterschrieben. Freudig wurde die imberührende Hilfskassiererkonferenz begrüßt, gewünscht, daß öfter einmal eine solche Konferenz, eine solche Zusammenkunft der Funktionäre arrangiert werden müsse, denn schon der reine Anblick dieser vielen Kollegen, die ehrenamtlich für die Organisation tätig seien, bestärke den einzelnen wieder in seinem Bestreben, alles für die Organisation und mit Eifer und Liebe zu tun.

Unter dem 2. Tagesordnungspunkt, Behandlung sonstiger Organisationsangelegenheiten, wurde dann noch eine ganze Reihe von Fragen geklärt.

Verschließend an die Konferenz fand eine Verächtigung der Betriebe der Gemeinnützigen Baugenossenschaft und der Anlagen der Allg. Baugenossenschaft, Siedlung Gablenz, statt. Die Kollegen waren mit dem Gebotenen außerordentlich zufrieden und gelobten, auch in Zukunft alles zu tun, um die Organisation vorwärts zu bringen.

Jedenfalls kann diese Konferenz als ein voller Erfolg für unsere Organisation bezeichnet werden.

Seit dem 1. September 1893 ist der Kollege Wiesenhütter Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und hat auch hier die gleiche rührige Tätigkeit entfaltet wie im Verbands, weshalb ihm die Parteimitgliedschaft Ehrenämter übertragen. Durch seine Tätigkeit als Verbands- und Parteifunktionär mußte er wiederholt infolge Entlassung, d. h. Maßregelung, längere Arbeitslosigkeit ertragen. Er hat mehr persönliche Opfer für seine Arbeitskollegen und -kollegen gebracht als manche Leute, die ihn heute beschimpfen, zu tragen fähig und gewillt wären. Wo Wiesenhütter in irgendeinem Betrieb als „Neuer“ auftauchte, verjuchte er sofort, die damals erbärmlichen Lohnverhältnisse und die Behandlung der Arbeiterchaft zu ändern. Daher kam es auch, daß er mitunter monatelang vergebens um Arbeit nachfragen mußte und sehr oft mit der zweideutigen Bemerkung abgewiesen wurde: „Für Sie nichts“. Wiesenhütter war aber nicht klein zu kriegen. Und als 1904 die Gauleiterstelle in Stettin zu besetzen war, wurde Wiesenhütter dieser Posten mit einem besonders schwierigen Agitationsgebiet übertragen.

Drei bewährte Verbandskollegen, die durch die praktische Schule rücksichtsloser Unternehmerrisiko und aktiver politischen Parteierregung gegangen sind, feiern ihren Ehrentag. Drei weiterjeste, im Kampf gestählte Kollegen haben sich ihren Weg gebahnt von unten herauf und haben die Grundmauern unseres Verbandes fest mit untermauert, so daß die Unternehmer das Organisationsgebäude ebensowenig erschüttern können, wie die organisierte oder die unorganisierte Unwissenheit der eigenen Mitmenschen. Jeder der drei Jubilare gehört bereits seit 35 Jahren dem Verbands bzw. der gewerkschaftlichen Organisation an. Ihr aktives Wirken in der Arbeiterbewegung war und ist Teilarbeit am Werden einer neuen Gesellschaftsordnung. Sie haben als treibende Kräfte, jeder an seiner Stelle, der jüngeren Generation die Hindernisse beseitigt, die auf dem Wege zum Ziele lagen. Mögen sie noch recht lange ihre Erfahrungen, ihr gereiftes Urteil dem Verbands zur Verfügung stellen zum Wohle der Mitgliedschaft. Wir danken unseren drei Jubilaren für ihre unermüdete Tätigkeit, für ihre gute Kameradschaft, für ihre Treue, auf die wir blindlings vertrauen können. Wir gratulieren ihnen zu ihrem Ehrentag und wünschen ihnen recht lange körperliche und geistige Rüstigkeit im eigenen und im Verbandsinteresse.

Internationale Hygiene-Ausstellung.

Die Internationale Hygieneausstellung, die am 17. Mai 1930 in Dresden eröffnet wird, nimmt gewaltige Ausmaße an. Die Internationalität vertreten bereits 19 Staaten: Bulgarien, Chile, China, Danzig, England, Finnland, Frankreich, Lettland, Mexiko, Niederlande, Oesterreich, Peru, Polen, Rumänien, Schweiz, Sowjetrußland, Tschechoslowakei, Türkei, Union von Südafrika, außerdem der Völkerbund und das Internationale Arbeitsamt.

Jast jeder Ausstellungstag hat einen Kongreß oder eine Tagung, sie sind vielfach wissenschaftlicher oder industrieller Art. Dazu kommt noch eine große Anzahl von Studienreisen aus den verschiedensten ausländischen Staaten.

Der gewaltige Komplex der modernen Hygiene ruft vor allem natürlich die Industrie auf den Plan, die diese Gelegenheit benutzt, um auf wissenschaftlich gerüstetem Boden ihren Erzeugnissen Anerkennung vor aller Welt zu verschaffen und im Wettbewerb mit dem Ausland neue Wege zur Exporterschließung zu finden. Auf dem 360 000 qm umfassenden Gelände dieser Internationalen Hygieneausstellung entstehen schon überall die neuen Hallen. Ein imponantes Bild. Große, außergewöhnlich zahlreiche Veranstaltungen, zum Teil internationalen Charakters, werden in einem demnächst erscheinenden Programm bekanntgegeben. Der Internationalen Hygieneausstellung Dresden 1930 kann schon heute ein Massenbesuch vorausgesehen werden.

Danzig.

Im Unterbezirk Reuteich der Zahlstelle Danzig sind vier verlorene Mitgliedskarten verlorenggegangen. Es handelt sich um folgende Karten:

- Johannes Klingenberg, Karten-Nr. 893 045,
- Karl Fischer, Karten-Nr. 893 042,
- Heinrich Wipolki, Karten-Nr. 893 047,
- Paul Neubert, Karten-Nr. 893 041.

Sollten die Karten bei irgendeiner Zahlstelle vorgezeigt werden, sind sie dem Inhaber abzunehmen und an die folgende Adresse zu senden: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zweigstelle der Freien Stadt Danzig, Karpfenseigen 26.

Cottbus-Senftenberg.

Aus anderer Ortsgruppe Kempeterzhain wird uns gemeldet, daß sich dort ein Kollege Friedrich Meßter aufhielt, welcher verschiedentlich Schulden gemacht hat. Nach seinem Weggang wurde auch festgestellt, daß noch Logischulden vorhanden sind.

Da durch das Verhalten des Obengenannten organisierte Kollegen geschädigt worden sind, bitten wir, uns die Adresse des- selben mitzuteilen, sobald er irgendwo auftaucht.

Die Zustchrift ist dann zu richten an: Johannes Kerstan, Cottbus, Dresdener Str. 14.

Mitgliedsbuch gestohlen.

Dem Kollegen Wilhelm Lange von Borsdam wurde die Aktentafel gestohlen, worin auch sein Mitgliedsbuch des Fabrikarbeiterverbandes war. Das Buch hat die Nummer 23 219. Wenn es irgendwo vorgezeigt werden sollte, ist es einzuziehen und einzuschiden. Der Vorzeiger ist der Polizei zu melden.

Arbeitsmarkt.

5 ledige Glaschleifergelichen, firm im Tiefstief, in Klein-beringanglas, Bohn nach Leistung, stellt sofort ein Kristall- glaschleifergeliche Langrag u. Co., Kaiserwalde, Arbeitsangebot an Herrn Paul Galle, Glaschleifermeister, Kaiser- walde, Kreis Gabelsdorbt. (163)

Einige gut eingearbeitete Feinschleifer-Gelichen auf bessere Kleingelische und Reberjänger, bei guter Verdienstmöglichkeit, sofort gesucht. Angebote sind zu richten an den Arbeits- nachweis der Zahlstelle Berlin, Engelauer 23/25. (164)

Einige tüchtigen Apparatschleifer mit eigenen Leuten sucht auf sein Werk Trabischleif, Ernst Heindl, Trabis (Oberpfalz). (165)

Lehiger Schlosser, der alle vorzommenden Reparaturarbeiten an Apparaten in der Glühlampen- und Gasinstrumenten- industrie sauber ausführen kann, sucht Stellung. Angebote sind zu richten an den Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Steinaach in Thüringen.

Tüchtiger Formenmachergeliche, firm im Drehen und Stechen, sucht sofort oder später Stellung. Arbeitsnachweis Wilhelm Feto, Neupeterszhain, N.-B., Neue Straße 3.

Junger, tüchtiger Formenmachergeliche sucht Stellung als Meister. Selbiger ist mit allen vorzommenden Arbeiten bestens vertraut. Wohnung muß vorhanden sein, da verheiratet. Ange- bote unter „S. 103“ an den „Keramischer Bund“ erbeten.

NOVEMBER

Das Leben rief, die Freiheit sang,
Der Tod ging tausendfältigen Gang,
Das Sterben aus Wolken und Wellen
Und das Sinken und Zerschellen,
Der Schrei, in erstickende Höhlen gesperrt,
Der Schmerz, auf die blutenden Necker gesperrt,
Das atmende Leid, für das Leben zu wund,
So haben wir's erfahren
Im Stürmen von ewigen Jahren:
Der Tod durchwühlte den Erdenrund,
Und die Freiheit irrte die Welt entlang.

Am hellsten Tag in Mitternacht,
Unter wehender Luft im vergrabenen Schacht,
Speitsicht von der Stunden Ermatten,
Wenn wir gingen, gelpenfuge Schatten,
Wie Tiere der Furcht im verwesenden Loch,
Wir brannten und siechten und wußten es doch:
Aus dem Leben, das wund bei den Toten lag,
Wird hell und stark auf Erden
Ein Tag der Freiheit werden,
Aus endlosen Nächten der erste Tag,
Wenn das Volk mit den Völkern zum Licht erwacht.

Und wer noch atmet, wer wußte es nicht:
Es quoll aus Gräbern ein junges Licht
Mit den Flammen, die höher schlugen,
Als Gewölbe der Lüfte den Himmel trugen:
Noch keine Sonne durchglühete das Land
Wie der roten Fahnen befehlender Brand,
Das heilige Schwelen aus Rot und Blut.
So haben wir's erfahren
In der Freiheit erwachenden Jahren:
Wenn die Ruchtschiff segelt, der wird in Blut
Zur Wehr, die Eisen und Kerker bricht.

Und wer leben will, der weiß es auch:
Die Freiheit atmet lebendigen Hauch
Und wird in Sturmgewalten
Die tausenden Kräfte entfalten,
Wenn der Haß an den Rechten der Völker rührt
Und die Feuer des brennenden Würgens schürt.
Wir wahren aus Gräbern das sieghaft Wort
Heute und ewigen Zeiten
Und der letzten der Ewigkeiten:
Novemberstürmen wirkt brausend fort.
So will es der Freiheit unsterblicher Brauch.
Franz Rothensfelder.

Die Freiheit erhebt ihr Haupt.

Kurt Eisners Ansprache anlässlich der Revolutionsfeier im Nationaltheater in München am 11. November 1918.

Freunde! Die Klänge, die eben an Ihre Seelen gedungen, malen die Ungeheuerlichkeit eines tyrannischen Wahnsinns: Die Welt scheint im Abgrund verfunken, zerschmettert. Höflich tönen aus Dunkel und Verzweiflung die Trompetensignale, die eine neue Erde, eine neue Menschheit, eine neue Freiheit ankündigen. So sah Beethoven das Schicksal der Welt. So trug er sein Herz schwer von Sehnsucht durch die Zeiten seines gedrückten Lebens.

Das Kunstwerk, das wir eben gehört, schafft in prophetischer Voraussicht die Wirklichkeit, die wir eben erlebt. In dem Augenblicke, da der Mahlsinn der Welt den Gipfel des Entschens erreicht zu haben schien, verkündeten aus der Ferne Trompetensignale neue Hoffnung, neue Zukunft.

Freunde! Was wir in diesen Tagen erlebt, ist ein Märchen, das Wirklichkeit geworden. Das Schicksal hat wenige Menschen zur Bestimmung ausersehen, das fürchterliche, das wir seit 4 1/2 Jahren erdulden mußten, mit einem Streich hinter uns zu werfen. Wir brauchen nicht mehr zurückzuschauen. Wir dürfen heute vorwärts sehen und sind gewiß, daß eine Zeit fruchtbarsten Schaffens uns bevorsteht.

Berechtere Anwesende! Es ziemt sich für mich, heute, wo ich zum ersten Male Gelegenheit habe, vor Ihnen zu reden, vor den breiten Massen zu sprechen, die mit am Werke der Revolution gearbeitet haben, des Mannes zu gedenken, der durch einen unglücklichen Zufall ein Opfer der Revolution geworden ist. Durch die Zeiten wird einst eine Gedenkgestalt die Person des blinden Bauern aus Niederbayern schreiben, in dessen Kopfe dieses Werk heiliglich vorbereitet wurde. Wir, denen es vergönnt war, in diesen Tagen mitzuhelfen, haben bisher kein Wort in die Deutlichkeit getragen, wie sich diese gewaltige Umwälzung vorbereitet, wie sie sich vollendet. Aber des einen Mannes wollen wir gedenken, des Bauern, des blinden Bauern aus Niederbayern, Ludwig Wandorfer, mit dem ich Arm in Arm an jenem wilden Nachmittag und Abend durch die Straßen Münchens gestürzt bin. An jenem Tage, der die neue Freiheit schuf. Sein Herz war voll der Ahnungen der neuen Zeit. Und es ist ein grauenvolles Schicksal, daß er den Sieg seines Gedankens nicht überleben durfte. Aber dieses Zusammenarbeiten eines einfachen Schriftstellers, eines geistigen Arbeiters aus der Stadt, mit einem begabten, tapferen, heldenmütigen Bauern vom Lande, das ist ein Anzeichen, ein Symbol der neuen Demokratie, die hier in Bayern, in Deutschland, auf der Welt werden soll.

Was wollten wir? Was wollten wir? Wir wollten in dem Augenblicke, da Deutschland, da Bayern vom Zusammensturz bedroht waren, aus den Massen des Volkes die schaffende Armee der Rettung bilden, das war der Sinn dieser Umwälzung.

Aber Freunde, wir wollen noch etwas anderes. Wir wollen der Welt das Beispiel geben, daß endlich einmal eine Revolution, vielleicht die erste Revolution der Weltgeschichte, die über das Ideal und die Wirklichkeit bereint. Und je mehr uns der Abscheu erfüllt von dem, was die Herrschenden der Vergangenheit über die Welt an Elend, Verwilderung, Grausamkeit gebracht haben, desto mehr haben wir gedacht menschlich zu sein, nur an die Vernunft der Menschen uns zu wenden.

Wir haben heute die Zuversicht, daß es uns gelingen wird, ohne Rückschlag, ohne Hemmung, ohne Gewalt, den Weg zur

neuen Freiheit zu finden. Wir sind Demokraten und Sozialisten. Wir verstehen unter Demokratie nicht, daß alle paar Jahre alle Bürger das Wahlrecht ausüben und die Welt regieren mit neuen Ministern und neuem Parlament. Wir, die wir eine neue Form der Revolution gefunden haben, wir versuchen auch eine neue Form der Demokratie zu entwickeln. Wir wollen die ständige Mitarbeit aller Schaffenden in Stadt und Land. (Stürmisches Bravo!)

Und liebe Freunde! Wer wie ich, Gelegenheit gehabt hat, nun in den letzten Tagen diese tausende von Briefen zu lesen, diese zahllosen Menschen zu sehen, die von der überraschenden Wendung der Dinge getrieben, an uns sich wenden, für den ist es eine Erquickung tiefer Art, zu sehen, wie überall draußen ein neuer Enthusiasmus des Schaffens sich regt. Als ob die Millionen nur darauf gewartet hätten, um, befreit von dem Druck, nun mit zu helfen. Von den Arbeitern, Bauern, von den Schülern, von den Gymnasiasten in allen Klassen und Ständen hinaus und hinab; von überall kommen die Seeligstigen und Bedrückten und versichern uns; jetzt endlich können wir arbeiten, jetzt endlich sehen wir ein Ziel.

Das ist Demokratie! Und diese Demokratie ist heute schon Wahrheit. Die Vergangenheit ist tot, und (mit erhobener Stimme) wehe denen, die versuchen sollten, diese fluchbeladene Vergangenheit neu zu beleben. (Stürmisches Bravo!)

Wir sind Sozialisten, d. h. wir wollen die Hemmungen der wirtschaftlichen Ordnung beseitigen, die auf die Massen wie auf die einzelnen brücken, und erreichen, daß jeder Mensch, der geboren ist, seine Gaben entfalten kann, und in verbürgter Sicherheit des Daseins, die färglichen Jahre irdischen Lebens, erfüllt von Idealen, beglückt von Arbeit, erschöpfen kann. Gerade heute, wo so verbrecherisch mit Menschenleben gespielt wurde, ist jedes Menschenleben uns heilig. Wir rufen über unser Land hinaus zu den Völkern, die gestern noch uns Feinde waren: Wir bekennen unsere Schuld! Und bahnen damit den Weg zu innerer Verständigung und Versöhnung. Das war der letzte Krieg! Indem wir die Schuldigen an diesem Weltverbrechen beseitigten, so menschlich beiseiteschoben wie noch niemals, mit einer Rücksicht, die jene nicht verdient haben. (Bravo und sehr richtig!) Aber in fester Entschlossenheit, gerade auch in der Beiseiteräumung des Alten zu zeigen, daß wir Menschen sind, so werden wir weitergehen und bitten Sie um Ihre Hilfe. Wir grüßen, die uns Feinde waren. Wir senden unsere Grüße zu den Völkern Frankreichs, Italiens, Englands und Amerikas. Wir wollen mit Ihnen gemeinsam die neue Zeit aufbauen.

Alle, die reinen Herzens, klaren Geistes und festen Willens sind, sind berufen, am neuen Werke mitzuarbeiten. Vergessen wir was war und vertrauen wir dem was wird. Eine neue Reirechnung beginnt und wir, die wir mitgeholfen haben, bekennen in demütiger Ehrfurcht vor dem dunklen Schicksal, das die Menschheit geleitet: Wir danken diesen geheimnisvollen Mächten, daß wir mithelfen dürfen, die Welt zu befreien. Die Freiheit erhebt ihr Haupt, folgt ihrem Ruf! (Stürmischer Beifall.)

(Aus „Welt werde froh!“ Ein Kurt-Eisner-Buch von Erich Krauf. Herausgegeben von der Büchergilde Gutenberg, Berlin, Dreibundstraße 5.)

Die Wahl der Volksbeauftragten.

Ein Jahreserinnerung zum 11. November 1918.

Sonne ... helleuchtende, wärmende Sonne lag auf den Straßen der Weltstadt. Sprang an den Häusern empor, schlich sich durch heruntergelassene Gardinen, weckte den Spießbürger, die Hofdamen und Minister von gestern aus dem Sonntagsschlaf und ließ zu ihrem Schreck auf ihren feingebundenen Kaffeetisch „Die rote Fahne“ Viehkrechts flattern, die noch am Tage vorher als frommer, kaisertrauer „Berliner Lokal-Anzeiger“ ausgetragen worden war.

In den Vorstadtvierteln aber schien die Sonne doppelt so hell ... draußen in der Weddinggegend, in Moabit, wo die proletarischen Massen eng zusammen wohnten.

Der spärliche Sonntagsschlaf wurde aus dem Rasten gewollt, die Kinder wurden hübsch herausgeputzt, und Vater und Mutter und Kinder zogen in langen, unendlich schneidenden Reihen aus dem Außenkreis dem Zentrum zu. Freudiges Gähnen lag auf aller Züge. ... den Konft von Sorge undummer und Hunger gebleichten Wangen zeichnete ... das Rot der Freude ein.

Das Bild der zur Innenstadt aufstrebenden Masse war — auch wenn sie im Sonntagsschlaf war — wie ein großes, lebendes Monumentalgemälde: „Gefangene, die aus dumpfen Kerkermauern nach langer, qualvoller Haft in die goldene Freiheit marschieren.“

Die Arbeiterfamilien aus den Berliner Proletariervierteln wollten den Tag der Revolution, des Friedens und der Freiheit dort begrüßen, wo das Herz der jungen Republik schlug ... im Zentrum Berlins.

Am Alexanderplatz, in der Friedrichstadt, unter den Linden ballten sich die Menschenmassen zu beängstigender Enge zusammen. Der Weg zu einigen Häuserquadern der Friedrichstadt und zum Schloß war von revolutionären Truppen abge-

sperrt. Ehemalige kaiserliche Offiziere, die durch den Umsturz verdrückt geworden, schlossen aus feigem Hinterhalt, aus Dachluten, die sie durch Beiseiteschieben von Dachziegeln geschaffen, hinter herabgelassenen Gardinen auf die Menge. Die Tollheit in höchster Potenz spielte sich am Markt ab, aus dem Offiziere und aufgereiztes „Jungdeutschland“ mit schweren und leichten Maschinengewehren auf die Menge und nach der Absperrung auf die Revolutionsstruppen hindonsteh schossen.

Nur der Besonnenheit und dem tatkraftigen Eingreifen unserer wackeren Kämpfer für die neue Freiheit ist es zu danken, daß die Berliner Revolutionsstage im Verhältnis zu der Größe der Bewegung zu wenig Opfer erforderten. Gaben doch die „Jungdeutschlandhüben“ mit leichten Maschinengewehren sogar vor der Kirche am Alexanderplatz auf die Menschenmenge, auf Frauen und Kinder, geschossen.

Das waren die Früchte der militärischen Jugenderziehung.

So rasch spielten sich die Erlebnisse ab, daß es heute nach Jahren schwer fällt, aus der Erinnerung heraus alles genau wiederzugeben.

Die äußerlichen Geschehnisse treten in den Hintergrund ... verblaffen gegenüber den Empfindungen, die uns in diesen Tagen freudigen Erlebens nicht zum Schlafen kommen ließen.

Nachmittags 5 Uhr: Konstituante des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates im Zirkus Busch.

Um den Markt tobten noch heftige Kämpfe, von dem aus die verbrecherischen alldeutschen Schützen den freien Platz vor dem Zirkus mit Maschinengewehren beschießen konnten.

Es dämmerte schon, als ich als Vertreter der Zensur des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates für das Weisliche Telegraphenbüro auf weiten Umwegen — das große Schloßviertel war wegen der Schierei abgeperrt — mich zum Zirkus begeben konnte. Der letzte Rest des Tages mußte durch Gewehrfeuer, das vom Schloß herüber kam, genommen werden. Diese sonderbaren Helben, die auf dem Dach des Schloßes Maschinengewehre aufgestellt hatten, mußten Lunte gerochen haben, daß die wichtigste Versammlung der jungen Revolution um diese Stunde im Zirkus Busch tagen sollte, denn sie schossen fast ohne Unterbrechung über den freien Platz. Diese Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates nenne ich die wichtigste der Revolution, da sie über die Zusammenfassung des Rates der Volksbeauftragten beschließen sollte.

Und was das Bedeutendste war: die Einigkeit des Proletariats herbeiführen sollte.

Wir Mehrheitssozialisten gingen mit allen Hoffnungen in die Versammlung. Wir sagten uns: wenn jetzt nicht der Zeitpunkt gekommen sein sollte ... wann denn? Jetzt ist die Stunde, da alles Trennende, alle Differenzen ins Gerümpel geworfen werden müssen. Eine neue Zeit ist angebrochen. Unter das Kapitel Vergangenheit der Kriegspolitik gehört ein bitterer Strich gemacht. Wir müssen uns zusammenfinden.

Wie bitter wurden wir enttäuscht!

Auch diese erschütternden, zukunftsreichen Tage hatten bei den Radikalen nicht die Führer, die hier das erlösende Wort gefunden hätten. Hätten wir in diesen Stunden unsere Gesichtskennntnisse ausgepackt, dann wäre uns eingefallen, daß bei allen großen Revolutionen die radikalen Kurgefühlspolitiker auf eine Spaltung hinarbeiten zum Nachteil aller Revolutionen.

Von dieser Stunde an datiert der Rückmarsch in die Reaktion hinein. Ein geeintes Proletariat hätte den sozialistischen Staat über den für Sozialisten selbstverständlichen Weg der Demokratie verwirklichen können.

Wenn ich heute, nach Jahren, in großen Strichen mir das Bild dieser Konstituante impressionistisch aufzeichnen versuche, dann heben sich folgende Einzelheiten deutlich heraus: Auf der Tribüne des Vorstandes Ebert, Ledebour, Liebknecht, Dr. Cohn, Frau Biez, Barth und viele andere Arbeiterführer.

Der Zirkus ist fast bis zur Galerie von den Gewählten der Arbeiter und Soldaten besetzt, die nach schärfster Kontrolle der Ausweise zugelassen worden waren. Unten, in der Manege, haben sich vornehmlich die Delegierten der Soldaten versammelt.

Barth, der Unabhängige, den ich damals zum ersten Male sah, wütete wie ein Wilder gegen die Sozialdemokraten. Liebknecht schlägt in die gleiche Reibe. Noch hat er den Haarschnitt des Zuchthaus, in das die brutale wilhelminische Militärgewalt ihn gebracht hatte. Seine Ausführungen fanden starken Beifall auf der linken Seite des Hauses, allwo sich die noch kaum gekannten Spartakisten in kleiner Zahl, aber desto lärmender versammelt hatten. Die beiden radikalen Gruppen verlangten die alleinige Besetzung des Rates der Volksbeauftragten unter völliger Ausschaltung der Mehrheitssozialisten. Sie wollten keine Einigkeit vom ersten Augenblick der Revolution an.

Ebert sprach eindringlich ... vermittelnd. Jugendliche Spartakisten drangen auf die Vorstandsbühne, überkletterten die Barriere und machten unaufhörlich störende Zwischenrufe ... Barth sprang auf Ebert, in einem Ausbruch seines lavagleichen Temperamentes, wütend zu, als wenn er ihn erwürgen wollte. Barth und andere Radikale verlangten nachdrücklich die alleinige Besetzung des Rates.

Die Einigung schien gescheitert. Und ich sah alte, ergraute Kämpfer, die darob still vor sich hinweinten. Da erscholl von unten, aus der Arena heraus, das Wort: Wenn keine Einigkeit zustande kommt, ist die Revolution futsch!

Barth sprang auf einen kleinen Tisch und suchte die Situation der Radikalen zu retten. Suchte das Meer der erregten Soldaten zu glätten. Doch vergebens.

Simmer wieder riefen diese nach oben zum Vorstandstisch: „Wir wollen die Einigung ... Sonst verhandeln wir nicht weiter! Wollenkühn soll reden!“

Und Wollenkühn, der Soldat, der Jüngere, sprach und fand treffliche Worte für die Notwendigkeit der Einigkeit. Und dann kam diese denkwürdige Versammlung in der Versammlung. Unten in der Arena tagten die Soldaten, Barth oben am Vorstandstisch war dagegen machtlos.

Ihre Entschließung forderte energisch die Einigung.

Barth suchte vergeblich mit den Armen in der Luft herum, aber das sah er schon damals ein, daß man ohne Soldaten nicht gut eine Revolution machen kann. Zerknirscht gab er nach und trat für paritätische Zusammenfassung des Rates der Volksbeauftragten ein.

Drei Mehrheitssozialisten: Ebert, Scheidemann und Landsberg und drei „Unabhängige“, Haase, Dittmann und Barth, wurden gewählt. Die Soldaten hatten am 11. November 1918 die Revolution gerettet.

Aber das ist eben das Historische dieser provisorischen Konstituante der Novemberrevolution, daß die USF und die Spartakisten kein Zusammenarbeiten mit den Mehrheitssozialisten von der ersten Stunde der Revolution wollten. Wenn sie schließlich notgedrungen für die Parität eintraten, so taten sie es nur unter dem Zwange der prachvollen Haltung der Soldatenräte. Den Entscheidenden war es damals schon klar, daß dieser Burgfrieden von nicht allzu langer Dauer sein konnte, denn Parteigebilde, die nur durch Oblitration lebensfähig bleiben können, haben auf die Dauer kein Interesse an einer praktischen Regierungstätigkeit.

Aber man male sich die Entwicklung aus, die die Revolution genommen hätte, wenn wir ein geeintes Proletariat, eine einzige große Partei mit dem 9. November gehabt hätten. Mit doppeltem, dreifachen Schwung wäre es zu den Nationalwahlen gegangen. Wieviel Hunderttausende haben seitdem die USF und SPD für Versammlungen, Matate, Zeitungen ausgegeben ... nur, um ihre Brüder von gestern zu bekämpfen. Wieviel geistige Kräfte hätten sich vereinen können im Kampf gegen rechts. Die absolute proletarische Mehrheit der Nationalversammlung wäre erreicht worden. Wir hätten dann über den Weg der Demokratie die einzig mögliche und einzig dauernde Diktatur des Proletariats gehabt.

Diese Zersplitterung des Proletariats hat uns um viele Früchte der Revolution gebracht, stärkte die Reaktion und hat das Tempo zum rein-sozialistischen Staat unermesslich verlangsamt und tut es noch heute.

Spät nachts war die konstituierende Versammlung der jungen Republik zu Ende.

Stille lag über der zweiten Revolutionsnacht.

Nur ab und zu kläfften von der Friedrichstraße her Reiter-Parabirer und Infanteriegewehre einiger noch nicht abgefäster, toll gewordener Monarchisten.

So rasch haben nie die Herzen geschlagen wie in diesen Tagen.

Nach Not und Tod und Blut und Zwang ging es ja der Freiheit entgegen. So unvergleichlich schön waren diese Berliner Revolutionsstage, daß alle Worte, die sie schildern wollen, verklingen wie eine ausgeglichene Melodie. Ich greife nach ihnen. Aber die, die ich lasse, erinnern mir wie schematische Gebilde in den Händen.

Sie sind mir zu schal ... nicht freudig ... nicht förderlich genug, um das zu sagen, was uns in diesen sonnenstober Berliner Novembertagen bewegt hat. Max Eck-Troll.

Um das Kind.

Von Friedrich Carl Kellermann.

(Nachdruck verboten.) (6. Fortsetzung.)

Er antwortete ebenso ruhig: „Das ist zu bedenken, gewiß. Das alles muß natürlich behutsam ins Werk gesetzt werden, wir müssen vorsichtig und überlegt handeln. Die Hauptsache bleibt, daß du mit mir einer Meinung bist. Vor allem aber: Wir dürfen keine Zeit verlieren.“

„Wie meinst du das?“ fragte sie.

„Du mußt sobald als möglich die Scheidung betreiben,“ antwortete er bestimmt.

Sie blickte ihm unbeeindruckt ins Auge: „Und wenn van Loo nicht einverstanden ist?“

„So muß er gezwungen werden!“

„Und es gibt einen Standalprozeß,“ warf sie ein.

„Fürchtest du ihn?“ fragte er ruhig.

„Aufrichtig gestanden: ja!“ antwortete sie gereizt. „Aber mehr noch sein voraussetzliches Ergebnis.“

„Nun?“ drängte er.

„Wie kannst du fragen?“ erwiderte sie erstaunt; „es würde uns unmöglich gemacht, die Ehe miteinander einzugehen. Du siehst, es kommt immer auf dasselbe hinaus!“

Er schweig einen Augenblick.

„Nun?“ fragte sie.

„Ich werde mit van Loo reden,“ sagte er nach einer Weile. „Das wirst du nicht,“ forderte sie bestimmt, „daß wirst du mir überlassen.“

„Auch gut,“ billigte er zu, um so besser, wenn du es tuft.“

„Blöchtig kam Hella zusammen und brach in schluchzenden Weinen aus.“

Sofort war er bei ihr, umfaßte sie gärtlich und fragte betroffen: „Habe ich dir wehgetan mit meinem Angeßüm?“

Sie verneinte.

„Oder —“ fürchte er ungewiß, „fällt es dir so schwer? Sag, ist das denkbar? Bräuchtest du ein Opfer?“

Sie antwortete nicht, schluchzte nur.

Endlich ließ er mit Fragen nach.

„Du brauchst Ruhe,“ sagte er besorgt und rückte ihr Kissen zurecht, „vertraue nur: alles wird gut.“

Nun schwiegen sie beide.

XIII.

„Sagt Melodie vom Himmel geführt
Und Fels und Wald und Fluß gerührt:
Und wonnlicher war dein Lied der Flur
Als Sonnenschein;
Und bist allein,
Bist elend nur!“

Hella sah am Klavier, die Finger auf den Tasten, doch sie spielte nicht. Immer wieder erklang ihr im Innern diese Musik Goethescher Verse:

Und bist allein,
Bist elend nur . . .

Ein schwerer Frühlingstag blickte zu den geöffneten Fenstern herein, wolkenverhangen, trübe, ohne Sonne. Ihr war zum Verzweifeln traurig.

Da vernahm sie Schritte, van Loo kam. „Nicht lieb sie die Finger über die Tasten gleiten, ein voller Akkord erklang und nun der Rhythmus einer Beethovenischen Sonate.“

Van Loo trat ein, blieb einen Augenblick laufend stehen. Dann ging er leise zu einem Sessel und setzte sich nieder. Hella spielte noch kurze Zeit fort, dann — mitten im Adagio brach sie ab.

Verwundert schaute van Loo an. Hella wandte sich um. Er erhob sich und trat auf sie zu: „Ich glaube, du hast gute Post“, sagte er freudig und reichte ihr Briefe.

„Schnell nahm sie entgegen, was er ihr bot. Ueberflügelt müden Blickes die Aufschriften. Nun hielt sie nur noch einen großen Brief mit Watsnagel in der Hand.“

„Was mag dir die medizinische Fakultät wohl mitzuteilen haben?“ fragte er neugierig.

Hellas Hand zitterte, als sie den Umschlag öffnete.

Fran Dr. Hella Gehre-van Loo war für ihre Lösung der Aufgabe der „erste Staatspreis“ anerkannt worden.

Er reichte ihr freudig lächelnd beide Hände und küßte sie beglückwünschend auf die Stirn:

„Welch ein schöner, welcher ein großer Erfolg!“

Hella konnte kaum den Blick, ein Gefühl eifigen Stolzes ließ sie nicht erlösen. Gleich aber war die leise Glücksempfindung auch wieder dahin. Müde baute sie ihm.

„Wie fern lag ihr das alles jetzt, wo ein so übermächtig Neues in ihr Leben getreten war.“

„Und bist allein,
Bist elend nur . . .“

„kam es ihr immer wieder in den Sinn.“

Er betrachtete sie forschend, fragte besorgt, woran es fehle, sagte ihren Arm.

Sie wich verwirrt seinen Blicken aus, schloß das Klavier und setzte sich nieder. Nun mußte sie doch auf seine dringenden Fragen irgendwie antworten.

„Einen plötzlichen Impuls folgend, war sie nahe daran, ein inhaltliches Geständnis abzugeben, schon hatte sie den Mund zu den ersten einleitenden Worten geöffnet — da schrak sie im letzten Augenblick wieder zurück.“

„Sie betrachtete es nicht, zu dieser Stunde von den Dingen zu reden, die so völlig ungestört ihr Inneres bewegten, sie wußte nicht.“

„So blieb ihr nur eine dürftige Erklärung ihres körperlichen Unbehagens: Kopfschmerz, Unwohlsein, nervöse Ueberanstrengung.“

„Van Loo rief zur Schonung, zur Ruhe, hoffte auf baldige Besserung.“

„Sie hatte keine Gründe zu widersprechen und zog sich erleichtert in ihr Zimmer zurück.“

„Eine graue Reizlosigkeit umgab sie. Wo war ihr Weg? Sollte sie die Richtung verlieren? Sie erlöste nichts als Dunkel und Verwirrung. Wo lag ihre Lebensaufgabe?“

„Die erlöste Rede, wissenschaftliche Lehren lockte sie mächtig, gerade jetzt, nach dieser bedeutsamen Anerkennung ihrer Leistung. Sie wollte sich beruhigen, o ja — und ihr winkte Verberung.“

„Rückte sie nun alles dies, das ihr so tiefe Befriedigung gewährt endgültig ausgeben? Augenschein jener anderen, großen, heiligen Pflicht, die ihre Mutterhaft ihr jetzt auferlegte?“

„Über war eine Vereinigung beider gewaltigen Aufgaben denkbar?“

„Sie konnte diese schweren Fragen nicht beantworten. Entschlossen schloß sie die Augen.“

„Aber schon hatte sie aus der Gedanke auf, der qualende, kurze Gedanke, daß eine Entscheidung zu fällen war. Drohend lag jenes Dritte vor ihr empör: das Vergeltung an van Loo.“

„Hier mußte auf jeden Fall gehandelt, ein aufrichtiges Geständnis

abgelegt, ein Weg ins Freie gefunden werden. . . . Das Dunkel erdrückte sie.

In den nächsten Tagen langte Besuch an; van Loo Schwester folgte einer alten Einladung und nahm für einige Zeit Aufenthalt im Hause.

Es war Hella anfangs gar nicht recht, diese neue Hausgenossin täglich und stündlich um sich zu wissen, diese sinnlose, kinderlose Witwe mit den ewig erschreckten, weit geöffneten Augen. Bald aber hatte sie sich an das stille behutsame Wesen der bedeutend älteren Dame, die mit bewundernder Scheu zu ihr aufblickte, gewöhnt, sie störte nicht im geringsten.

Frau Ulrike Hörth ging lautlos durch die Räume; besorgt und distret, anspruchslos und gefällig, übte sie jede Rücksicht, ohne irgendwelche für sich zu fordern. Ihr ganzes Wesen brühte Verzicht und Ergebung, Hilfsbereitschaft und Güte aus. Nur die großen ängstlichen Augen bildeten einen merkwürdigen Gegensatz zu ihrer entsagungsvollen Miene, diese scheuen Augen redeten eine seltsam beunruhigende Sprache.

Hella kam lange nicht hinter das Geheimnis dieses betrennen Blicks, bis sie eines Tages von van Loo erfuhr, daß seine Schwester nach dem plötzlichen Tode ihres Mannes, der als Seeoffizier mit dem Schwabener Grafen Spee vor den Falklands-Inseln sein früheres Ende gefunden, einen völligen Nerven zusammenbruch erlitten und geraume Zeit in einer Heilanstalt zugebracht hatte.

Hella empfand eine eigenartige Befriedigung, mit dieser verschüchterten Seele, deren Worte so schwebend sanft, gleich müden Faltern dahinhüfeten, zu plaudern, ihr Vertrauen zu gewinnen. Es waren zart abgestimmte Unterhaltungen, oft mit langen von Schweigelaute erfüllten Strecken, und dennoch spürte und aufschlußreich. Sie erfuhr in diesen stillen Gesprächen vieles aus van Loo's Kinder- und Jugendzeit, von dem immer etwas bedrückten Leben im elterlichen Hause, manches von dem wortkargen Vater, der verschlossenen Mutter. Diese fremdliche Atmosphäre einer im ganzen doch verkümmerten Kindheit rührte sie tief.

Sie betrachtete nun auch van Loo mit anderen Augen, wurde manchem Zuge seines Wesens, dem sie bisher ablehnend gegenübergestanden hatte, eher gerecht. Diese tiefere Einsicht führte zwar zu einem besseren Verständnis, konnte jedoch ein innigere

Wie das Kind die soziale Umwelt sieht.

Man hat zu Studienzwecken Kinder von Stadt und Land aufgefordert, an dem Leben um sie Kritik zu üben und möglichst zu begründen, warum ihnen dieses oder jenes nicht gefiel. Die Untersuchung sollte die Kritikfähigkeit des Kindes prüfen. Die Aufsätze wurden unvorbereitet von Kindern beiderlei Geschlechts und ohne Rücksicht auf die soziale Herkunft unter Aufsicht der Lehrer angefertigt.

Diese lehrreichen Untersuchungen, über die wir in der Zeitschrift für pädagogische Psychologie lesen, haben gezeigt, daß das Kind die Welt nicht einfach hinnimmt, wie sie ist. Das Kind macht sich seine Gedanken, und zwar hat das örtliche Milieu hierbei keinen Einfluß. Das Kind der Stadt ist genau so kritisch wie das des Landes.

Die Kritik erstreckte sich auf alle möglichen Lebensgebiete, die Schule, den Wohnort, die Tiere, das Wetter, Job, Krankheit und anderes. Dazu aber erstreckte sich das Urteil der Kinder bei 47 unter 100 Kindern auch auf wirtschaftliche und soziale, staatliche und politische Mängel.

Natürlich sieht das Kind das soziale Leben in seiner Art. Das Kind erkennt noch nicht die ganze Komplexität der sozialen Frage. Aber was es sieht, das ist der Gegensatz zwischen Reich und Arm.

„Es gefällt mir nicht, daß manche Leute so reich und manche ganz arm sind, weil doch auf der Welt jeder arbeiten muß“, schreibt ein 14jähriger Knabe, und auch ein 12jähriges Mädchen, das ausdrücklich als begabt bezeichnet wird, übt daran Kritik, „daß es arme und reiche Leute gibt, weil die Armen fast gar nichts haben und die Reichen alles.“ Von Sorgen und Hunger schreiben andere. Andere wieder klagen, daß sie immer Kartoffeln essen müssen oder daß Teuerung herrscht und anderes.

Aber auch besondere Erscheinungen des sozialen Lebens werden von den Kindern kritisiert. Sie schreiben da von der Wohnungsnot, von der Aussperrung von Arbeitern, von den Steuern, dem geringen Lohne und der Macht, die die Reichen haben.

Die Kinder gehen also mit offenen Augen durch die Welt, und selbst wenn sie die Not am eigenen Leibe spüren, ist es her allem das Gerechtigkeitsgefühl, das sich in den Kindern beim Erkennen der sozialen Mängel regt. Wenn mein Vater schläft, da wecht er auf und at immer schlechte Laune, und ich kann es ihm nicht verdenken, weil er in der Nacht bis früh um 4 Uhr arbeiten muß und auch nicht einmal bei Tag schlafen kann.“ Man fühlt dem Kinde den seelischen Schmerz nach und empfindet es, wie das Kind das Unrecht dieses sozialen Lebens durchdringt. In dem Berichte, der die Ergebnisse in der genannten Zeitschrift zusammenfaßt, wird denn auch als Resultat der Untersuchung „das bei Kindern stark ausgeprägte Gerechtigkeitsgefühl“ besonders erwähnt.

Es sieht das Kind die Welt, wie sie in ihrer Zerrissenheit ist, die Welt der Klassen, und es sieht durch diese Zerrissenheit in Reich und Arm, Hoch und Niedrig den sittlichen Sinn zerbrechen, das Menschliche unterdrückt, die Gerechtigkeit ertötet.

Die soziale Frage ist dem Kinde eine Frage der Gerechtigkeit. Ihre Lösung ist ihm eine ethische Aufgabe.

Gerechtigkeit soll sein, daß alle Menschen glücklich werden. Reich und Arm soll sein. Der Gegensatz soll überwunden werden. Das ist das Suchen des Kindes. Aus solchem ethischen Gesühle heraus sieht es die Welt.

Es ist wunderbar, zu sehen, wie da die Seele des Kindes nach einem sittlichen Sinn des Lebens sucht. Dieses Suchen ist im ethischen Sinne der sozialen Bewegung ist ein elementares Bedürfnis des unverbundenen, schlüchtern, gesunden Menschen. Und diese Verbindung menschlichen Sinnes und praktischen Handelns, wie wir sie in der gewerkschaftlichen Bewegung verfolgen, bringt die Macht und die solidarische Stokkraft des Fortschritts und des Sieges.

Dr. Gustav Hoffmann.

Ein Vorschlag.

Ein Kollege schreibt uns: Wenn man gesehen hat, welche Stellung das Bürgertum gegen die Arbeitslosenversicherung einnimmt, so muß man unbedingt zu der Auffassung kommen, das Bürgertum sieht es nicht gerne, daß es so viele Arbeiter und Arbeiterinnen gibt. Wir Arbeiter und Arbeiterinnen können doch in dieser Hinsicht einmal den Spieß umdrehen, und uns zu der Auffassung durchringen, wenn das Bürgertum nicht gerne so viel arbeitende Menschen sehen mag, so machen wir es eben so und schranken die Geburten ein. Die Geburtenbeschränkung führt ja erst in einer Anzahl von Jahren dazu, daß

Annäherung nicht zur Folge haben, denn diese hätte eine weitgehende Selbstaufopferung zur Voraussetzung gehabt, dazu erwies sich aber Hellas starkes Eigenleben nicht fähig. Die neu angepönnenen Fäden waren zu schwach, hielten nicht stand.

XIV.

Unter den zahlreichen Glückwünschen, die Hella erhalten hatte, befand sich auch ein Brief von Karl Eid. Es war seit ihrem letzten Zusammensein das erste Lebenszeichen.

Der Brief war nur kurz. Er enthielt außer dem Duldbungsgruß die Bemerkung, daß er von ihrem Erfolg aus der Zeitung erfahren und daß er Nachricht erwarte, wann sie käme, daß er sich innig nach ihrer Gegenwart sehne. Und die Mahnung, die bewußte Sache nicht länger hinauszuführen, nicht zu vergessen, was sie miteinander verabredet . . .

Sie war nicht in der Stimmung zu antworten und bewahrte den Brief für eine gelegeneren Stunde. Aber Wochen vergingen, und die Stunde wollte nicht kommen; es ergab sich für Hella kein innerer Anlaß, an Eid zu schreiben.

Eine große Umwandlung hatte sich in ihr vollzogen. Seit sie sich Mutter fühlte, war das frühere drängende Glückseligen zu dem Geliebten hin schwach und schwächer geworden, ihre Seele erfüllte ganz die Hoffnung auf das Kommende. Ihre gesättigten Sinne ruhten aus von dem heißen Verlangen.

Zudem gab der große Erfolg, die laute Anerkennung ihrer Fähigkeiten, einen starken Ansporn zu erneuter wissenschaftlicher Arbeit, der sie sich jetzt mit gesteigertem Eifer, mit wahrer Leidenschaft widmete. Sie suchte in intensiver geistiger Betätigung Vergessen, ein Narkotikum gegen die bangen Gefühle, die sie oft genug heimlich suchte. Noch gewann in dem seltsamen Widerstreit zwischen leiblicher und geistiger Mutterhaft die letztere den Sieg.

Ihre gemeinsam mit van Loo betriebenen biologischen Forschungen verließen gerade zu dieser Zeit ein Ergebnis, die Bestätigung einer lange von ihm verfolgten wissenschaftlichen Theorie. Sie standen vor dem Abschluß einer bahnbrechenden, epochemachenden Beweisführung. Van Loo war entzückt von Hellas Genium, ihrer großen Justifikationskraft, die ihn anregte und weiterführte. Er räumte ihrem verblüffenden Spürsinn willig die Vorherrschaft ein.

(Fortsetzung folgt.)

es weniger Arbeiter gibt. Aber wenn es auch noch längere Zeit dauert, so kann uns und dem Bürgertum, das die Arbeitslosenversicherung nicht mag, helfen sein. Jede Arbeiterfamilie sollte deshalb dahin kommen, die Einkindererziehung in die Tat umzusetzen. Werden dann nicht mehr so viel Kinder geboren, gibt es nicht mehr so viel Arbeiter und Arbeiterinnen, keine Arbeitslosen, und etwaige Staatsmittel brauchen dann nicht mehr für einen Teil der ausgesetzten Erwerbslosen verwendet werden. Gerade die Einstellung des Bürgertums zu den Opfern ihrer, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, zeigt uns, daß sich die Arbeiterkassen die schönsten aller Freuden, die Elternfreude, nicht mehr leisten können. Die Einschränkung der Geburten würde sicher dann auch dazu führen, daß wir nicht mehr so hohe soziale Lasten hätten, daß damit das Unternehmertum entlastet werden könnte, daß die Preise nicht mehr so hoch sein brauchen, weil ja ein Teil indirekter Lasten wegfallen, denn es gäbe nicht mehr so viel Kinder, die nicht ernährt werden können. Auch sonstige Erleichterungen für das Unternehmertum würden damit verbunden sein. Also, es läge näher im Interesse der kapitalistischen Klasse, wenn die Arbeiter im Handel würden, weil sich das Bürgertum so einstellt, und über die große soziale Belastung so weit vernehmbar. Kammerlieder singt. Eben weil es zu viel zum Nichtstun verurteilt Arbeiter gibt, deshalb sollten auch die Stützen der kapitalistischen Gesellschaft, die Kirchen und sonstigen Institutionen für eine Geburtenbeschränkung weitgehend mit dazu beitragen, denn damit kann all denen geholfen werden, die nicht geneigt sind, Opfer ihrer gesellschaftlichen Ordnung und ihres wirtschaftlichen Systems zu unterstellen und nicht zum wenigsten der Arbeiterschaft selbst. Das ist mein Vorschlag, den ich allen Ernstes der Arbeiterschaft unterbreiten möchte.

Literarisches.

Ratgeber für die Jugendärzter, gemeinverständlicher Führer durch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, das Jugendgerichtsgesetz und das Eltern- und Kinderschutzrecht des BGB. von Hans Rüdiger und Richard Heinze. Oberschreiberei beim Stadtjugendamt Herne i. W. 44 Seiten. Verlag Friedrich A. Wödel in Leipzig C. 1. Königstr. 26 B. Einzelpreis 70 Pf., bei Partiebustellungen von 10 Stück an Ermäßigungen. Mit sicherem Blick für das Wesentliche haben die beiden Verfasser die für die Praxis wichtigen Fragen des Jugendrechts zusammengestellt. Die Bestimmungen des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes über den Schutz der Pflegekinder und der unehelichen Kinder, die Schutzauflage und die Fürsorgeerziehung werden ebenso erläutert wie die Jugendgerichtshilfe und die Vorschriften des BGB über elterliche Gewalt, Vormundschaft, Pflegschaft, Aenderung der rechtlichen Stellung und des Personenstandes des Kindes. Die Bestimmungen über religiöse Kindererziehung vervollständigen das empfehlenswerte Werk.

Ratgeber für die Unfallversicherung, von Bürgermeister Friedrich Kleis. Aschersleben 6. Auflage (21.-24. Tausend). 48 Seiten. Verlag Friedrich A. Wödel, Leipzig C. 1. Königstr. 26 B. Einzelpreis 70 Pf., bei Partiebustellungen von 10 Stück an Ermäßigungen. Die Unfallversicherung hat durch das dritte Gesetz über Aenderung in der Unfallversicherung und durch die zweite Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufsklassen eine wesentliche Ausdehnung erfahren. Um so mehr ist die vorliegende Neuauflage des bewährten Ratgebers für die Unfallversicherung zu begrüßen.

Emma Woytanski: Sozialdemokratie und Kommunalpolitik (Gemeindearbeit in Berlin). Großoktav, auf bestem holzfreiem Papier gedruckt. Umfang 92 Seiten (4 Seiten Illustrationen), kart. 2 RM. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin W. 30. — Auch in den kommunalen Körperschaften geht ein unerbittlicher Klassenkampf vor sich, der der sozialen Gestaltung der Gesellschaft gilt. Mit dieser Broschüre leitet die Verfasserin den Leser in die Mitte der Probleme der modernen Kommunalpolitik. Von den zwei Möglichkeiten — nur theoretische Betrachtung oder Beschreibung der bereits geleisteten und der noch zu leistenden Arbeit — wurde hier die zweite gewählt. Die Schrift ist der sozialistischen Arbeit in der Gemeinde Berlin gewidmet. Dieser größten Gemeinde des Reichs, die über 4 Millionen Einwohner zählt und einen Milliarden-Etat verwaltet. Es werden die Bedingungen der kommunalen Arbeit in Berlin charakterisiert. Jedes Problem wird vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus beleuchtet. Unentbehrlich für alle Kommunalpolitiker, Gemeinde-, Stadt- und Kreisratsabgeordnete.

H. C. Sommer: Adolf Wilhelm Bauche: „Gesellschaft und Wirtschaft“. Kalender 1930. Gesellschafts- und Wirtschaftskunde. 54 Bildtafeln in Zwei- und Dreifarbendruck (Größe 18 x 24 1/2 cm). Preis 2,50 RM. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung O. m. b. H., Berlin W. 30. — Der „Gesellschaft und Wirtschaft“-Kalender unterstützt vornehmlich die Bildungsarbeit der Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Organisationen dadurch, daß er in einer einfachen, jedem zugänglich Form genaues Wissen über gesellschaftliche und wirtschaftliche Tatsachen und Zusammenhänge vermittelt. Auf 54 lehrreichen, auch den Nichtvorgestellten ohne weiteres verständlichen, abwechslungsreichen Darstellungen wird eine Zusammenfassung der wichtigsten Daten der Sozial- und Wirtschaftsstatistik bzw. der Sozial- und Wirtschaftsgeographie zu einer groß angelegten Skizze der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gegeben. Ein besonderer Vorzug ist ferner, daß nur authentisches und das neueste statistische Material verwendet wurde, sowie, daß die Quellen desselben angegeben sind. Nehmen wir hinzu, daß der „Gesellschaft und Wirtschaft“-Kalender in seiner künstlerischen Ausstattung zu dem niedrigen Preise von 2,50 RM abgegeben wird, so können wir jedem die Anschaffung nur empfehlen. Bis zum 31. Oktober kann derselbe — wenn auf Subskriptionsliste bestellt — zum Vorzugspreise von 2 RM bezogen werden. Bei allen Volksbuchhandlungen, den Ortsausschüssen des ADGB, des ADB, und AM-Bundes, sowie in den Verwaltungsstellen fast aller Gewerkschaften sind Subskriptionslisten zu haben.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 RM, für Organisationsmitglieder 2,85 RM. Das 10. Heft der Zeitschrift „Die Arbeit“ bringt, wie die vorhergehenden Hefte, eine Anzahl lehrreicher Aufsätze.